

Entwurf Positionspapier PG 'Kapitalismus verstehen und überwinden' der KAB Deutschlands / Stand: 01.09.2022 (Ergänzung vom 18.11.2022)

Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie

- Konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative ? -

- Gekürzte Fassung -

A) Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

I. Wir befinden uns in einem 'globalen Ozean' des Kapitalismus -

in der Ausprägung des Neoliberalismus (= markt extremistischer Kapitalismus). Und dies seit jedenfalls dem 11.09.1973, dem Sturz von Salvador Allende in Chile (= Versuch eines demokratischen Sozialismus) durch Augusto Pinochet (= rechtsgerichtete Militärjunta) mit Unterstützung der USA. Seit diesem Datum wurde im Chilenischen „Sandkasten“/„Labor“ durch Milton Friedman („Chicago-Boys“) der neoliberale / angebotsorientierte / monetaristische Kapitalismus erprobt - unter Ablösung/Verwerfung des Keynesianismus/Links-Keynesianismus.

Seit Ende der 1970'er / Anfang der 1980'er Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Pseudo-Denkschulen „Reaganomics“ (USA) / „Thatcherismus“ (GB) - in deren Folge die „Geistig-moralische Wende 1982/1983“ unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde. Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten *F r e i h a n d e l s*, auf eine Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaates setzt. Letztlich wollen die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 (!) im „Washington-Konsensus“, nur eins bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt soll eine *U m v e r t e i l u n g* der gesellschaftlich immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen zu den Besitzeinkommen (Gewinn, Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.

II. Was bedeutet aber inhaltlich/materiell/wesensmäßig 'Kapitalismus' ? - dieses

System, das zuweilen mehr verhüllend/verwirrend und beschönigend statt aufklärend *als* Politik, die dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist ' bezeichnet wird? Die Ungerechtigkeit - die lähmende Krankheit an der gelitten wird - hat den konkreten Namen *K a p i t a l i s m u s*. Dem Kapitalismus (das ist die gegenwärtig global vorherrschende (hegemoniale) Herrschafts- / Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation) wohnen zwanghaft/wesenhaft inne (Inhärenz):

- a) Konkurrenz/sog. Wettbewerbsfähigkeit/Standortdenken (Standortlogik),
- b) (exponentielles) Wachstum als *u n u m g e h b a r e r* Wachstumsimperativ,
- c) Profitmaximierung,
- d) Kapitalakkumulation,

e) Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen,

f) hemmungsloser bis unumkehrbarer Natur-/Umweltverbrauch (Ressourcenverbrauch), völlige Überlastung der Schadstoffaufnahme-systeme (Schadstoffaufnahme-senken).

(Dies kann im Kapitalismus nicht unterbunden werden, da eine absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/des Schadstoffausstoßes vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum nicht möglich ist (statt vieler: Tim Jackson, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Daniel Tanuro, Michael Löwy).)

Kapitalistische Wirtschaftsweise

Für das reale Leben der Menschen kann kein Zweifel bestehen: Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise "eingeschrieben", auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht.

Papst Franziskus

Papst Franziskus sagt es in seiner Enzyklika *Fratelli tutti* (2020) - Über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft - (22) so: „... Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem Wirtschaftsmodell, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuworfen und sogar zu töten. Während ein Teil der Menschheit im Überfluss lebt, sieht der andere Teil die eigene Würde aberkannt, verachtet, mit Füßen getreten und seine Grundrechte ignoriert oder verletzt.“

Grundlegende Bemerkungen zur Arbeit und zum Lohn

Mindestlohn

In Deutschland erleben wir gegenwärtig einen Mindestlohn, der weiterhin nicht armutsfest ist. Ein Rentenniveau, das viele Menschen der Altersarmut aussetzt.

Sozialhilfesätze/Gesellschaftshilfesätze, die ein menschenwürdiges Leben kaum bis nicht gewährleisten. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Arbeiten im Niedriglohnsektor bedeutet Vollzeitarbeit bei besonders niedriger Bezahlung. Die Tariffucht grassiert. Durch Tariffucht entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr Milliarden Euro Beiträge. Dieses Geld fehlt für den sozialen Ausgleich.

Erntehelfer

Erntehelfer werden in Deutschland weiterhin systematisch massiv ausgebeutet und nunmehr für vier Monate sozialversicherungsfrei gestellt. Der Großteil der Erntehelfer kommt aus osteuropäischen EU-Ländern.

Bezahlung von Frauen und Männern

Sehr viele Frauen und Männer werden weiterhin für gleichwertige Arbeit nicht gleichwertig bezahlt. Die Pflegeberufe sind weiterhin strukturell unterbezahlt, obwohl mittlerweile die All-letzten erkannt haben, dass diese Berufe existenziell höchst wichtig sind!

Papst Franziskus

Papst Franziskus weist in *Fratelli tutti* (20) darauf hin: „Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise, wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut.“

Grundlegende Bemerkungen zum Wachstum

Grün - kapitalistische Denkansätze

In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein 'nachhaltiges Wachstum' als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig/zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr an Ressourcen verbraucht werden dürfen - als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist 'Nachhaltiges Wachstum' ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

Aber auch die Begriffe *quantitatives Wachstum* und *qualitative Entwicklung* bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrecht zu erhalten/ zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung / Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet ist. Auch ein Begriff wie 'wertvolles' Wachstum erscheint nicht zielführend im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung: 'menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung' geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben/in den Begriff zu bekommen.

Papst Franziskus

In *Fratelli tutti* (21) führt Papst Franziskus aus: „Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“. Und - Franziskus führt uns, insoweit *generell* und hier abschließend, in *Fratelli tutti* (21) eine sehr wesentliche - oft absichtlich von interessierter Seite verhüllte (!) - Erkenntnis vor Augen: „Wenn man sagt, dass die moderne Welt die Armut verringert habe, so misst man hier mit Maßstäben anderer Epochen, die nicht mit der aktuellen Wirklichkeit vergleichbar sind. (...) Man untersucht und man versteht die Armut immer nur im Zusammenhang mit den wirklichen Gegebenheiten eines bestimmten historischen Moments.“

Die entscheidenden Fragen sind also:

Wie gelangen wir aus dem allgegenwärtigen Kapitalismus heraus?

Welche Wesenszüge kennzeichnen dieses neue System?

Wie nennen wir dieses neue System?

B) Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario

Versuch einer Antwort:

1. Im Kapitalismus damit anfangen aus dem Kapitalismus herauszugelangen

Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen und schon sind wir im Gelobten Land / dem Land der Verheißung / dem Land des NICHT-Kapitalismus.

Aber wir müssen im Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen aus dem Kapitalismus herauszugelangen/ den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer Sozial-ökologischen-Transformation oder Ökologisch-sozialen Transformation (Gerechter Wandel / Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschaftssystems, des Staatsaufbaus - und somit auch der Arbeitsformen/der Arbeitsinhalte - in ein weitgehend sozial gerechtes, solidarisches, absolut Ökologie kompatibles System. Dieser Gerechte Wandel muss jedenfalls mindestens in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bedeutet z.B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, sehr relevant verändert/ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

2. Die Maximen der Montanmitbestimmung als Blaupause heranziehen

Hierzu rechnet auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Montanmitbestimmung (= paritätische Mitbestimmung) sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden/(maßgeblichen) Einfluss haben. Das Gegebensein an sich von Tarifverträgen müsste in allen Branchen zur gesetzlichen/normierten Pflicht werden. Tariffucht muss politisch, gesellschaftlich (als soziale Verantwortungslosigkeit) und rechtlich sanktioniert werden. (Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer „individuellen Bettelei“ ausgesetzt werden.) Innerhalb einer echten wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen / Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbefahlt. Selbst im Covid-19-Pandemie-Jahr 2020 waren es knapp 1,7 Milliarden Überstunden. In 2020 war mehr als die Hälfte dieser Überstunden unbezahlt! Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine 'Kurze Vollzeit für alle' mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich darf keine Utopie bleiben, sondern ist ernsthaft zu realisieren. Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

3. In der Arbeitswelt bestehen weitgehend „Obrigkeitsverhältnisse“ fort

Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von 'öffentlich' und 'privat', die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen alle in zum privaten Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind

für die Allgemeinheit, werden nicht als auch öffentlichen Charakter habende Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik Bürger*innen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend "Obrigkeitsverhältnisse" fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Shareholder-Value-Orientierung (die Unternehmenspolitik ist primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet) konnten diese "Obrigkeitsverhältnisse" in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.

4. Wirtschaftsdemokratie als Mindestanforderung

Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren Sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung *W i r t s c h a f t s d e m o k r a t i e* müssen zur Finanzierung auch die Profit-Rücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausschüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem „Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds zugute, der auch Genossenschaften (s.u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profit machen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden. Z.B. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht ein „solidarischer Zukunftssektor“. Ohne soziale, ökologische und *d e m o k r a t i s c h e* Transformation wird es zu einem massiven Beschäftigungsabbau kommen.

5. Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und Neuverteilung von Entscheidungsmacht

Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der Sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer "transformativen Demokratie". Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. (Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung. Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen.) Die Gesellschaft muss den Konzernen vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung/Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

6. Räte als Institutionen der Basisdemokratie

*Neben der Betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich Räte (z.B. nach dem Vorbild - oder Teilelementen davon (= auch autonome Verwaltungsstrukturen) - der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die Bürger*innen im Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z.B. an Regionale Wirtschafts-räte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht / Anhörungsrecht / Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen 'Fachverständes', welcher die Parlamentarische Demokratie nicht ersetzt, aber von dieser zwingend als fachliche Beratung herangezogen werden muss - z.B. bei der Grundgesetz gemäßen/verfassungsgemäßen, notwendigen Sozialisierung (= Vergesellschaftung) von unverzichtbaren Einrichtungen zugunsten des Gemeinwohls / der Daseinsvorsorge. Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom Fachvotum der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für Räte sind weiter: Ökologieräte / Klimaräte / Energieräte / Land- und Forstwirtschaftsräte / Wohnungsbauräte / Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orientierte, organisierte und priorisierte 'Marktkonforme Demokratie' / 'die unsichtbare Hand des Marktes' bzw. eine 'Postdemokratie' (Colin Crouch) will und kann dies alles nicht leisten!*

7. Ausrichtung am Bedarf der Menschen

Als übergreifende Klammer muss feststehen: Jedenfalls die 'Grundversorgung' (= von lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft) und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

C) Der unverzichtbar anzustrebende Ziel-Zustand

System des Nicht-Kapitalismus

Von da aus kann der Schritt in ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Seien wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: "Nur noch Utopien sind realistisch".)

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, Fairer Handel nicht Freihandel (s.u.)!

In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten/Hersteller (die Masse der (jetzt noch) abhängig Beschäftigten) WAS für WEN WOZU WIE hergestellt/produziert

wird (zumindest bestimmen die eigentlichen Produzenten dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt *bedarfsorientiert / bedarfsgerecht* zuallererst gemäß den Erfordernissen des Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge und nicht in erster Linie profit- und reichumsfixiert zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Ein solches System könnte als *Maxime* heißen: "Die allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens".

Ein solches System kann auch bezeichnet werden als Demokratischer, ökologischer Sozialismus.

Die 'Sozial-ökologische Transformation' - der Gerechte Wandel, welche/welcher in der Wirtschaftsdemokratie (siehe oben) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des Ziel - Zustands den positiven Abschluss!

Buen Vivir

Bei diesem Gerechten Wandel kann z.B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des „Buen Vivir“, welches seinerseits auf dem Konzept 'Sumak Kawsay' der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „ (...) eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das 'Gute Leben' bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta)

Suffizienz

Ein weiterer Baustein des Gerechten Wandels kann auch die Suffizienz sein. Suffizienz meint nicht Verzicht. Vielmehr geht es darum, dass etwas 'genug' ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: Es ist genug! Zum Beispiel: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion). Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen. Wohnungsbau als pures Renditeobjekt für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des Gemeinwohls streng hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

Strategischer Konsum

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des

Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in Laudato si (193): „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

Entscheidend ist die Produktionssphäre

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist - e n t s c h e i d e n d ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, a l l e s a u ß e r dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellen stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u.a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. E n t s c h e i d u n g e n über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1.000 transnationale Konzerne e n t s c h e i d e n über das 'Was', das 'Wie' und das 'Wozu' von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben P r o d u z e n t e n s o u v e r ä n i t ä t aus und beherrschen mit ihr - häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des Globalen Südens - sowohl die Produktion als auch den Konsum.

Helmut Gelhardt

Sprecher Gerechter Welthandel

der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) DV Trier und KAB LV RLP

Dokumentations-/Erläuterungs-/Erkenntnisapparat zum Positionspapier der KAB Deutschlands, Teilbereich: Sozial- ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie

**'Kapitalismus verstehen und überwinden' - Projektgruppe KAB
Deutschlands / Helmut Gelhardt, KAB OV Engers-Mülhofen,
Sprecher 'Gerechter Welthandel' der KAB DV Trier und KAB LV RLP
Stand: 01.09.2022 (Ergänzung vom 15.12.2022) - Gekürzte Fassung -**

**(Thematik: Sozial-ökologische Transformation schon im Kapitalismus auf der Basis
der Wirtschaftsdemokratie und Vollendung der Sozial-ökologischen
Transformation im Ziel des Ökosozialismus - unter Berücksichtigung von
Ansätzen der Befreiungstheologie und verwandten Theologien und Konzepten,
welche die Soziale Gerechtigkeit, die Solidarität und das Ökologische/die
Bewahrung der Schöpfung als untrennbare Einheit bearbeiten.)**

T e i l 1

Sozial-ökologische Transformation und Wirtschaftsdemokratie

- Konkrete Utopie oder Verzögerung einer besseren Alternative ? -

A) Der Jetzt-Zustand und seine jüngste Vorgeschichte

***I. Wir befinden uns in einem 'globalen Ozean' des Kapitalismus - in der Ausprägung
des Neoliberalismus (= markt extremistischer Kapitalismus). Und dies seit jedenfalls dem
11.09.1973, dem Sturz von Salvador Allende in Chile (= Versuch eines demokratischen Sozialismus)
durch Augusto Pinochet (= rechtsgerichtete Militärjunta) mit Unterstützung der USA. Seit diesem
Datum wurde im Chilenischen „Sandkasten“/„Labor“ durch Milton Friedman („Chicago-Boys“)
der neoliberale / angebotsorientierte / monetaristische Kapitalismus erprobt - unter Ablösung /
Verwerfung des Keynesianismus/Links-Keynesianismus. Seit Ende der 1970'er / Anfang der 1980'er
Jahre dominiert die konservativ-neoliberale Ausrichtung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft
durch die Pseudo-Denkschulen „Reaganomics“ (USA) / „Thatcherismus“ (GB) - in deren Folge die
„Geistig-moralische Wende 1982/1983“ unter Bundeskanzler Helmut Kohl (BRD) etabliert wurde.
Unter diesen Maximen und Protagonisten wurde ein vehement neoliberaler Kurs betrieben mit der
ihm immanenten Marktradikalität, die auf eine Liberalisierung (insbesondere Deregulierung) aller
Märkte, auf eine Intensivierung des internationalen sogenannten F r e i h a n d e l s, auf eine
Senkung von Arbeitskosten bzw. Arbeitseinkommen und Unternehmenssteuern („Verbesserung der
Angebotsbedingungen“) und auf einen massiven Rückbau des Sozialstaates setzt. Letztlich wollen
die Neoliberalen mit ihrer Doktrin, festgeschrieben 1989 (!) im „Washington-Konsensus“, nur eins
bezwecken: Durch eine Privatisierung der Welt soll eine U m v e r t e i l u n g der gesellschaftlich
immer nur arbeitsteilig generierbaren Wertschöpfungen zu den Besitzeinkommen (Gewinn,
Zins und Grundrente) herbeigeführt werden.***

II. Was bedeutet aber inhaltlich/materiell/wesensmäßig 'Kapitalismus' ? - dieses

System, das zuweilen mehr verhüllend/verwirrend und beschönigend statt aufklärend als 'Politik, die dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist' bezeichnet wird?

Die Ungerechtigkeit - die lähmende Krankheit an der gelitten wird - hat den konkreten Namen *K a p i t a l i s m u s*. Dem Kapitalismus (und das ist die gegenwärtig global vorherrschende (hegemoniale) Herrschafts-/Machtform, Wirtschaftsweise, Gesellschaftsformation) wohnen zwanghaft/wesenhaft inne (Inhärenz):

Konkurrenz/sog. Wettbewerbsfähigkeit/Standortdenken (Standortlogik),

(exponentielles) Wachstum als *u n u m g e h b a r e r* Wachstumsimperativ,

Profitmaximierung,

Kapitalakkumulation,

Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen,

hemmungsloser bis unumkehrbarer Natur-/Umweltverbrauch (Ressourcenverbrauch), völlige Überlastung der Schadstoffaufnahmesysteme (Schadstoffaufnahmesenken). (Dies kann im Kapitalismus nicht unterbunden werden, da eine *a b s o l u t e* Entkopplung des Ressourcenverbrauchs / des Schadstoffausstoßes vom kapitalistischen Wirtschaftswachstum nicht möglich ist (statt vieler: Tim Jackson, Bruno Kern, Saral Sarkar, John Bellamy Foster, Daniel Tanuro, Michael Löwy).)

Für das reale Leben der Menschen kann kein Zweifel bestehen: Die Ungerechtigkeiten sind in der Struktur der kapitalistischen Wirtschaftsweise "eingeschrieben", auch die Verteilung von Reichtum, Macht und Einfluss in unserer Gesellschaft ist nicht gerecht.

Papst Franziskus sagt es in *Fratelli tutti* (22) so: „... Es gibt heute in der Welt weiterhin zahlreiche Formen der Ungerechtigkeit, genährt von verkürzten anthropologischen Sichtweisen sowie von einem *W i r t s c h a f t s m o d e l l*, das auf dem Profit gründet und nicht davor zurückscheut, den Menschen auszubeuten, wegzuwerfen und sogar zu töten. Während ein Teil der Menschheit im Überfluss lebt, sieht der andere Teil die eigene Würde aberkannt, verachtet, mit Füßen getreten und seine Grundrechte ignoriert oder verletzt.“

III. Teilaspekte zur realen Situation der Bereiche und Begriffe:

A r b e i t / L o h n / W a c h s t u m (Gegen Begriffsverwirrung)

Zum Lohn an sich

Vielfach wird der 'gerechte Lohn' eingefordert. Dies ist eine moralische/sittliche Forderung, die 'Anständigkeit' erfordert. Im Kapitalismus kann es systemimmanent aber keinen 'gerechten Lohn' geben. Dieser wird verhindert durch die kapitalistischen Zwangselemente Konkurrenz, Profitmaximierung, Kapitalakkumulation, Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Der kapitalistische Zwang zur Profitmaximierung (Gewinnmaximierung) und Kapitalakkumulation (Kapitalanhäufung) hat unabwendbar notwendig auch die **Ausbeutung** der menschlichen Arbeitskraft zum Gegenstand. Kapitalistisch-betriebswirtschaftlich ist Arbeitslohn **Aufwand**. Aus der Gegenüberstellung von Aufwand und **Ertrag** (=erzielter Erlös für das veräußerte Produkt/Ware) in der Ergebnisrechnung/Erfolgsrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung) ergibt sich der periodische Gewinn = Profit oder Verlust. Je **höher** der Aufwand (hier Arbeitslohn), desto geringer der Profit / desto **höher** der Verlust - desto **niedriger** die Kapitalakkumulation! Oder: Je **größer** die Ausbeutung der mensch-

lichen Arbeitskraft, desto **geringer** der Lohn / desto **geringer** der Aufwand / desto **höher** der Profit / desto **mehr** Kapitalakkumulation! Im Kapitalismus kann es daher nur einen Lohn geben, der einem 'gerechten Lohn' graduell mehr oder weniger *a n g e n ä h e r t* ist, weil eine graduell größere oder kleinere Ausbeutung stattfindet. Kapitalismus kann wesensmäßig **n i e m a l s** ausbeutungsfrei sein!

Insgesamt zur Arbeit und zum Lohn

- **Fakten und Forderungen aus der Praxis an die Realpolitik** -

a)

Verteilungsgerechtigkeit bei Vermögen und Einkommen:

1.

Die reichsten 45 Haushalte in Deutschland besitzen so viel, wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen.

2.

Drei Viertel der Beschäftigten haben **w e n i g e r** als das rechnerische monatliche Durchschnitts **e i n k o m m e n** zur Verfügung. Während das eine Prozent der Top-Verdienenden pro Person oft auf rund 5.900 Euro netto im Monat kommt (und sich bei einigen hin zu monatlichen Millionen-Einkommen erstreckt (Stand: 2016)).

3.

In kaum einem europäischen Land werden die Menschen im Dienstleistungsbereich so schlecht bezahlt wie in Deutschland. Aber auch in der Industrie bekommen Millionen prekär Beschäftigte oder Arbeiter*innen in klein- und mittelständischen Betrieben **w e n i g e r** als den monatlichen rechnerischen Durchschnittslohn.

4.

Noch immer verdienen Frauen im Durchschnitt 20 Prozent **w e n i g e r** als Männer. Im Laufe ihres gesamten Lebens vergrößert sich diese Kluft auf über 30 Prozent, weil Frauen weiterhin den Großteil der unbezahlten **S o r g e a r b e i t** in den Familien und Beziehungen übernehmen, öfter in Teilzeit arbeiten und ihre Berufstätigkeit für Kindererziehung und Pflege phasenweise einschränken. Alleinerziehende und ältere Frauen gehören zu den am stärksten von Armut betroffenen Gruppen in der Gesellschaft. Es sind insbesondere die Arbeiterinnen im Dienstleistungssektor, die jeden Tag erfahren, was Doppel- und Dreifachbelastung mit zu wenig Lohn bedeutet. Ihre für die Gesellschaft so wichtige und wertvolle Arbeit wird kaum anerkannt.

F o r d e r u n g e n:

Es muss unverzüglich Realität werden, dass diejenigen, die den gesellschaftlichen Reichtum mit ihrer Arbeit schaffen und die Gesellschaft jeden Tag am Laufen halten, ein deutlich besseres Leben erhalten.

Die **L o h n s p r e i z u n g** muss relevant kleiner werden.

Erforderlich ist die Zahlung von deutlich höheren Löhnen am unteren Ende der Lohnskala.

Gleichwertige Bezahlung von Frauen und Männern muss Pflicht sein.

b)

Wettbewerbsfähigkeit der Deutschen Wirtschaft:

Das deutsche „Exportwunder“ beruht nicht nur auf zu niedrigen Löhnen und massivem Arbeitsdruck in der Industrie, sondern auch auf der systematischen Abwertung von Dienstleistungsarbeit.

Forderungen:

Prekärer Arbeit, Ungleichheit zwischen den Geschlechtern, Benachteiligungen von Migrant*innen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt muss ein Riegel vorgeschoben werden.

Die Löhne der heute weit unterdurchschnittlich bezahlten unteren Hälfte der Beschäftigten müssen relevant steigen. Der **ar m u t s f e s t e** Mindestlohn muss umgehend auf derzeit wenigstens **13,69 Euro** festgesetzt werden (= 60 % des **D u r c h s c h n i t t s e i n k o m m e n s**) - ausnahmslos!

(Altersarmut (insbesondere bei lebenslanger Arbeit) darf es in einem der reichsten Länder der Welt nicht geben. Altersarmut ist unmoralisch, menschenverachtend!)

Tarifverträge müssen flächendeckend und für alle Beschäftigten einer Branche gelten. Prekäre Arbeitsverträge tragen zu **L o h n d u m p i n g** bei. Deshalb ist Leiharbeit abzuschaffen. Im ersten Schritt müssen Leiharbeitskräfte den gleichen Lohn wie Festangestellte plus eine Flexibilitätszulage erhalten.

Befristungen und Werkverträge sind auf wenige sachliche Ausnahmen zu beschränken. Für Werkvertragskräfte muss der Tarifvertrag des Kernbetriebs gelten.

c)

Arbeit umverteilen:

Viele Verkäufer*innen oder Reinigungskräfte erhalten unfreiwillig nur Minijobs oder 15-Stunden-Verträge.

Alleinerziehende können oft gar nicht anders, als in Teilzeit zu arbeiten.

Gleichzeitig arbeiten immer mehr Beschäftigte regelmäßig länger als 48 Stunden.

Knapp zwei Milliarden Überstunden haben die Beschäftigten 2019 geleistet, die **Hälfte** davon **unbezahlt!**

Personalmangel und Dauerstress sind in vielen Bereichen zum Normalzustand geworden (z.B. in der Alten- und Krankenpflege). Auch deshalb verkürzen immer mehr Menschen ihre Arbeitszeit in Richtung einer **30-Stunden-Woche**. Allerdings endet Teilzeit unter den herrschenden Bedingungen oft in Altersarmut. Wer knapp über dem aktuellen Mindestlohn verdient und steigende Mieten zahlen muss, kann sich eine Verkürzung der Arbeitszeit schlicht **nicht leisten!**

Andererseits:

Die Arbeit ist längst so **produktiv** und unsere Gesellschaft so **reich**, dass ein neues Verhältnis von **Arbeit und Leben** möglich ist.

In Deutschland erleben wir einen Mindestlohn, der weiterhin nicht armutsfest ist. Ein Renten-niveau, das viele Menschen der Altersarmut aussetzt. Sozialhilfesätze/Gesellschaftshilfesätze, die ein menschenwürdiges Leben kaum bis nicht gewährleisten. Fast jeder vierte Beschäftigte in Deutschland arbeitet im Niedriglohnsektor. Arbeiten im Niedriglohnsektor bedeutet Vollzeitarbeit

bei besonders niedriger Bezahlung. Die Tariffucht grassiert. Durch Tariffucht entgehen den Sozialversicherungen jedes Jahr Milliarden Euro Beiträge. Dieses Geld fehlt für den sozialen Ausgleich.

Erntehelfer werden in Deutschland weiterhin systematisch massiv ausgebeutet und nunmehr für vier Monate sozialversicherungsfrei gestellt. Der Großteil der Erntehelfer kommt aus osteuropäischen EU-Ländern.

Die Pflegeberufe sind weiterhin strukturell unterbezahlt, obwohl mittlerweile die Allerletzten erkannt haben, dass diese Berufe existenziell höchst wichtig sind!

Papst Franziskus weist in Fratelli tutti (20) darauf hin: „Diese Aussonderung zeigt sich auf vielfältige Weise, wie etwa in der Versessenheit, die Kosten der Arbeit zu reduzieren, ohne sich der schwerwiegenden Konsequenzen bewusst zu werden, die eine solche Maßnahme auslöst; denn die entstandene Arbeitslosigkeit führt direkt zu einer zunehmenden Verbreitung der Armut.“ Und dann stellt Franziskus einen Zusammenhang her, der uns alle sehr nachdenklich machen muss: „Die Aussonderung nimmt zudem abscheuliche Formen an, die wir alle als überwunden glaubten, wie etwa der Rassismus, der verborgen ist und immer wieder neu zum Vorschein kommt. Die verschiedenen Ausprägungen des Rassismus erfüllen uns erneut mit Scham, denn sie zeigen, dass die vermeintlichen Fortschritte der Gesellschaft nicht so real und ein für alle Mal abgesichert sind.“

Zum Wachstum

Wachstumsimperativ des Kapitalismus, Imperiale Lebensweise oder Wohlstand ohne Wachstum

Wachstumsimperativ / Exponentielles Wachstum

Der Sozialgeograf David Harvey ist davon überzeugt: „Dem Kapital geht es immer um Wachstum, und es wächst notwendigerweise exponentiell.“ (Harvey, Siebzehn Widersprüche und das Ende des Kapitalismus, 2015, Ullstein) Das Wachstum beschleunigt also immer schneller. Elmar Altvater, emeritierter Professor für Politische Wissenschaft (verstorben am 1. Mai 2018), stellt fest: „In der Zeit von 1820 bis 1998 jedoch verzehnfachte (im Vergleich mit der langen Dauer seit dem Beginn unserer Zeitrechnung) oder verfünffachte (im Vergleich mit den Raten im 18. Jahrhundert) sich das reale jahresdurchschnittliche Wachstum auf 2,21 % (Maddison 2001). Das war spektakulär (...). Denn quantitative Wachstumsraten von mehr als 2 % bedeuten einen qualitativen Wandel von unerhörtem Ausmaß, nämlich eine Verdoppelung des Sozialprodukts pro Kopf alle 35 bis 40 Jahre. (...) Der Lebensstandard der Menschen in den Industrieländern hat sich seit der industriellen Revolution außerordentlich verbessert; Unterernährung und Hunger sind verschwunden - zumindest in Europa in friedlichen Zeiten. (Altvater, 2015, Engels neu entdecken, VSA-Verlag) Altvater weist jedoch zweifelsfrei darauf hin, dass der Wohlstand zwar mit dem Wachstum wächst, aber höchst ungleich verteilt wird und dass es erforderlich ist, die Schäden des Wachstums für die Natur/Umwelt einzudämmen. „Wenn produziert wird fallen nicht nur Späne. Da können ganze Biotope ausgelöscht, Flüsse

vergiftet, Bergkuppen weggesprengt oder die Atmosphäre mit Treibhausgasen überlastet werden. Die Herstellung von Gebrauchswert ist unweigerlich mit der Produktion von Abfällen verbunden.“ Michael Kopatz, wissenschaftlicher Projektleiter im Wuppertalinstitut, erklärt: „Unsere Wachstumslogik stellt das Nachhaltigkeitspostulat grundsätzlich in Frage. Um für beständiges Wirtschaftswachstum zu sorgen, subventionieren wir vieles, das problematisch oder schädlich ist, wie Massentierhaltung, Flugverkehr, Diesel und Dienstwagen. Selbst die Klimaverhandlungen scheiterten über viele Jahre letztlich am Wachstumsdogma: Die Vertreter aller Nationen hatten schlichtweg Angst, eine entschlossene Klimapolitik könne ihr Wirtschaftswachstum gefährden. Während ärmere Länder dabei auf ihren Entwicklungsbedarf für eine Befreiung aus der Armut verweisen, steht bei den Industrieländern die Annahme im Vordergrund, durch ein wachsendes Bruttoinlandsprodukt lasse sich das Problem der Arbeitslosigkeit lösen, zumindest jedoch die Zahl der Arbeitsplätze stabilisieren. Fakt ist (Harvey): „Eine kapitalistische Wirtschaft mit Nullwachstum ist ein logischer Widerspruch. Sie ist einfach unmöglich. Nullwachstum führt immer in eine Krise des Kapitals.“

Die hochwichtige, entscheidende Frage ist, lassen sich die ökologischen Herausforderungen bzw. die Vermeidung von grässlichen Umweltschäden allein mit neuen Technologien bewältigen? Ist also grüner Kapitalismus / grünes Wachstum in der Lage, die globalen existenziellen ökologischen Anforderungen zu erfüllen? Kopatz: „Durch die diffuse Perspektive „grünes Wachstum“ geben sich zu viele Menschen der Illusion hin, dass es keiner absoluten Grenzen bedarf. Das ist eine fatale Fehleinschätzung, die leider gesellschaftlicher Mainstream ist.“

Der wesensmäßige Wachstumszwang im Kapitalismus, verbunden mit der innewohnenden / unentrinnbaren Konkurrenzsituation zwischen den Kapitalisten, die bei 'Strafe des Untergangs' zur Profitmaximierung und Kapitalanhäufung systemisch verdammt sind - und der sich daraus sklavischerweise ergebende Ressourcen-/ Natur-/ Umweltverbrauch - kann mit dem Prinzip der Nachhaltigkeit letztlich nicht kompatibel sein!

Imperiale Lebensweise

Der kapitalistische Wachstumsbefehl führt auf kurzem Wege zur imperialen Lebensweise. Die Politikwissenschaftler Ulrich Brand und Markus Wissen haben die von ihnen identifizierte Imperiale Lebensweise in ihrem vielbeachteten Buch (gleichen Titels / oekom verlag, 2017) sehr eingehend thematisiert. Laut Brand/Wissen beinhaltet die imperiale Lebensweise ihrem Wesen nach die Möglichkeit eines überproportionalen Zugriffs auf Natur und Arbeitskraft - mit anderen Worten: auf ein „Außen“ - im globalen Maßstab. Sie setzt also voraus, dass andere auf ihren proportionalen Anteil verzichten. Je weniger diese anderen aber dazu bereit sind beziehungsweise je mehr sie selbst darauf angewiesen sind, auf ein Außen zuzugreifen und ihre Kosten auf dieses zu verlagern, desto eher geht der imperialen Lebensweise die Geschäftsgrundlage verloren. Aus welchen sozial, ökologisch und ökonomisch vernünft-

tigen Gründen sollte der globale Süden mit seinen Ressourcen die verschwenderische Lebensweise des globalen Nordens ermöglichen?

Eingeschlossen in die Kritik von Brand/Wissen ist gleichfalls die „Externalisierungsgesellschaft“ (nach außen verlagern, abwälzen), welche Brand/Wissen in erster Linie durch die reichen Gesellschaften des globalen Nordens verkörpert sehen, die den globalen Süden/die südliche Peripherie nicht lediglich in menschlicher Arbeitskraft ausbeuten, sondern auch die dortige Natur/Umwelt gnaden- und skrupellos gebrauchen, missbrauchen, verheeren, ausbeuten. Stichworte sind: Landraub, Extraktionsökonomie (Bodenschätze außer Landes schaffen), Benutzung des globalen Südens als „Mülldeponie“ des globalen Nordens. Der globale Norden lagert permanent negative Effekte aus.

Wohlstand ohne Wachstum

Viele Menschen auf der Welt teilen die Analyse, dass das derzeitige Modell unseres Wirtschaftens - das Modell des Neoliberalismus - keine Zukunft haben kann. Wirtschaftswachstum, wie wir es bisher kennen, ist ökologisch nicht zukunftsfähig. Durch unsere bisherigen Produktions- und Konsummuster verbrauchen wir zu viele Ressourcen, heizen das Klima an und zerstören kontinuierlich Ökosysteme. Mit technischem Fortschritt können wir zwar die Arbeitsproduktivität und auch die Ressourceneffizienz erhöhen. Doch soll das nicht in massenhafter Arbeitslosigkeit und in einer Rezessionsspirale enden, braucht es im gegenwärtigen real existierenden Neoliberalismus Wachstum und Massenkonsum. Wir müssen also Auswege aus der Wachstumsfalle suchen. Renommiertere Ökonomen bestreiten jedoch das Gegebensein einer Wachstumsfalle und setzen auf die Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcen- und Materialverbrauch. Wachstum in Frage zu stellen gilt als Akt von Wahnsinnigen, Idealisten und Umstürzern. (Tim Jackson, Wohlstand ohne Wachstum, oekom verlag, 2017 (Das Update)). Entkopplung steht dabei für effizientere Produktionsprozesse; nachhaltigere Güter und Dienstleistungen; mehr Ertrag aus weniger Material; intelligentes Wachstum (smart growth); grünes Wachstum (green growth); nachhaltiges Wachstum (sustainable growth). Aber - es ist zwingend zwischen relativer und absoluter Entkopplung zu unterscheiden! Relative Entkopplung bezeichnet jede Art von Abnahme der Materialintensität (oder Emissionsintensität) der Wirtschaftsleistung. Sie deutet auf eine Effizienzverbesserung in der Wirtschaft hin, besagt aber nicht notwendigerweise, dass wir insgesamt weniger Material verbrauchen (oder weniger Schadstoffe emittieren). Mit absoluter Entkopplung wird die Situation bezeichnet, in der der Ressourcenverbrauch (oder die Emissionen) in absoluten Zahlen abnimmt, während die Wirtschaftsleistung weiterhin steigt. Es versteht sich von selbst, dass wir in den meisten Fällen absolute Entkopplung brauchen, wenn wir die ökologischen Grenzen einhalten, Ressourcenknappheit vermeiden und dem Wachstumsdilemma entkommen wollen (Jackson, 2017).

Unbestritten ist, dass relative Entkopplung möglich ist und auch faktisch stattfindet. Die Menge an Primärenergie, die für jede produzierte Einheit der weltweiten Wirtschaftsleistung benötigt wird, ist in den letzten fünfzig Jahren mehr oder weniger kontinuierlich gesunken. Die globale „Energieintensität“ liegt heute um fast 25 Prozent unter der des Jahres 1980. Mit anderen Worten: Die weltweite Energieeffizienz hat sich durchschnittlich um ein Drittel erhöht (Jackson, 2017). Letztendlich entscheidend ist jedoch nicht die relative, sondern die absolute Entkopplung des Ressourcenverbrauchs/der Emissionen vom Wirtschaftswachstum. Betrachten wir das Paradebeispiel CO₂-Emissionen: Der erfolgte Fortschritt hinsichtlich der relativen Entkopplung bei der Kohlenstoffintensität ist ganz einfach vom Anstieg der globalen Wirtschaftsleistung (absolutes Niveau der CO₂-Emissionen weltweit) überrollt worden. Absolute Entkopplung ist nirgendwo festzustellen! Die jährlichen Kohlenstoffemissionen aus der Verbrennung fossiler Energieträger (und aus der Industrie) haben sich seit 1965 verdreifacht. Heute entweicht über 60 Prozent mehr CO₂ in die Atmosphäre als noch 1990. Sogar innerhalb der letzten zehn Jahre sind die Emissionen noch durchschnittlich um mehr als zwei Prozent im Jahr gewachsen (Jackson, 2017). Der Natur- und Wirtschaftswissenschaftler Tim Jackson erklärt zweifelsfrei: „Allein das Ausmaß der Entkopplung, das nötig wäre, um die hier dargestellten (Anm. H.G. ökologischen) Grenzen einzuhalten (und dann auch dauerhaft innerhalb dieser Grenzen zu bleiben, während die Wirtschaft immer weiterwächst), ist schlicht nicht vorstellbar. Wohlstand für einige Wenige, der auf Umweltzerstörung und anhaltende soziale Ungerechtigkeit gegründet ist, ist kein Fundament für eine zivilisierte Gesellschaft. Wirtschaftliche Stabilität ist wichtig. Es ist dringend notwendig, Arbeitsplätze zu erhalten - und neue zu schaffen. Wir brauchen aber ebenso dringend ein neues Bewusstsein dafür, dass Wohlstand uns allen gemeinsam gehört. Ein stärkeres Engagement für Gerechtigkeit in einer endlichen Welt.“ Jackson ist der Ansicht, dass dieses System dringend 'erneuert' werden muss. Konsequenterweise müsste er formulieren: abgelöst/überwunden werden muss. Warum? An anderer Stelle seines fulminanten Buches führt Jackson aus: „Zuerst einmal ist es absolut eindeutig, dass die Wirtschaft von morgen in materieller Hinsicht nicht wachsen sollte. (...) Fortgesetztes materielles Wachstum würde unsere Fähigkeit gefährden, innerhalb des „sicheren Handlungsraumes“ des Planeten zu bleiben, und den zukünftigen Wohlstand untergraben. Der springende Punkt (...) ist die rein rechnerische, absolute Reduktion des materiellen Durchlaufs der Wirtschaft. (...) wir sollten betonen, dass innerhalb dieser Wirtschaft einige Dinge nach wie vor wachsen. Wer könnte etwas gegen einen Zuwachs an sozialem Wohlbefinden haben? Oder an einer Zunahme an Arbeitsplätzen? Oder an der Intaktheit unserer Naturgüter, der Resilienz (Anm. H.G. Widerstandskraft) unserer Gemeinwesen, der Qualität unserer Umwelt, an unserem Gefühl für Sinn und Zweck?“

In grün-kapitalistischen Denkansätzen wird oft ein 'nachhaltiges Wachstum' als Lösung für den Antagonismus zwischen Wirtschaftswachstum und ökologischer Nachhaltigkeit favorisiert. Der Nachhaltigkeitsbegriff ist in der Wissenschaft bis heute nicht eindeutig/zweifelsfrei definiert. Umgangssprachlich versteht man darunter in der Regel, dass in einer bestimmten Periode nicht mehr an Ressourcen verbraucht werden dürfen - als in derselben Periode nachwachsen. In diesem Sinne ist 'Nachhaltiges Wachstum' ein Widerspruch in sich. Entweder besteht Nachhaltigkeit oder Wachstum.

*Aber auch die Begriffe **q u a n t i t a t i v e s** Wachstum und **q u a l i t a t i v e** Entwicklung bringen uns nicht weiter. In kapitalistischen Gesellschaften sind diese Begriffe zwei Seiten derselben Medaille, nämlich der Akkumulation (Anhäufung) von Kapital. In beiden Fällen geht es darum, das bestehende Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital zu reproduzieren (aufrecht zu erhalten/ zu erhalten) und die Hegemonie (Vormachtstellung / Vorherrschaft) des Kapitals zu stabilisieren, die durch Nullwachstum gefährdet ist. Auch ein Begriff wie 'wertvolles' Wachstum erscheint nicht zielführend im gemeinten und gewollten Sinne. Eine sinnvolle Begriffsbildung ist in der Tat schwierig. Vielleicht ist die Begriffsbezeichnung:*

' menschengerechte, sozial-ökologisch förderliche und verträgliche Entwicklung '

geeigneter, das durchaus positiv Gemeinte angemessener/besser zu beschreiben/in den Begriff zu bekommen.

*In Fratelli tutti (21) führt Papst Franziskus aus: „Es gibt wirtschaftliche Regeln, die sich als wirksam für das Wachstum, aber nicht gleichermaßen für die Gesamtentwicklung des Menschen erweisen. Der Reichtum wächst, aber auf ungleiche Weise, und so „entstehen neue Formen der Armut“. Und - Franziskus führt uns, insoweit **g e n e r e l l** und hier abschließend, in Fratelli tutti (21) eine sehr wesentliche - oft absichtlich von interessierter Seite verhüllte (!) - Erkenntnis vor Augen: „Wenn man sagt, dass die moderne Welt die Armut verringert habe, so misst man hier mit Maßstäben anderer Epochen, die nicht mit der aktuellen Wirklichkeit vergleichbar sind. In anderen Zeiten wurde zum Beispiel die Tatsache, dass man keinen Zugang zur elektrischen Energie hatte, nicht als Zeichen der Armut betrachtet und gab keinen Anlass zu Sorge. Man untersucht und man versteht die Armut immer nur im Zusammenhang mit den wirklichen Gegebenheiten eines bestimmten historischen Moments.“*

Die entscheidenden Fragen sind:

Wie gelangen wir aus dem Kapitalismus heraus?

*Welche **W e s e n s z ü g e** kennzeichnen dieses **n e u e** System?*

*Wie nennen wir dieses **n e u e** System?*

B) Ein mögliches und sinnvoll erscheinendes Übergangsszenario

Versuch einer Antwort:

Wir können nicht einfach einen Schalter umlegen und schon sind wir im Gelobten Land / dem Land der Verheißung / dem Land des NICHT-Kapitalismus.

*Aber wir müssen **i m** Kapitalismus ernsthaft und unverzüglich damit anfangen **a u s** dem Kapitalismus herauszugelangen/ den Kapitalismus zu überwinden. Dieses Anfangen im Kapitalismus erfordert zunächst die Durchführung (ganz aktuell und unumgebar!) einer Sozial-*

ökologischen-Transformation oder Ökologisch-sozialen Transformation (Gerechter Wandel / Just Transition). Kurz gesagt: Die Umstellung der gesamten Volkswirtschaft, des Gesellschaftssystems, des Staatsaufbaus - und somit auch der Arbeitsformen/der Arbeitsinhalte - in ein weitgehend sozial gerechtes, solidarisches, absolut Ökologie kompatibles System. Dieser Gerechte Wandel muss jedenfalls mindestens in eine echte, wirkungsmächtige Wirtschaftsdemokratie fest eingebettet sein. Das Konzept der Wirtschaftsdemokratie bedeutet z.B., dass die betriebliche Mitbestimmung, die in den letzten Jahren abgebaut oder in der Praxis geschliffen wurde, sehr relevant verändert/ausgedehnt wird zugunsten des Faktors Arbeit.

Hierzu rechnet auch, dass in allen Unternehmen mit über 500 Beschäftigten diese bei Standortänderungen und Entlassungen, Gestaltung der Arbeitszeit und Personalbemessung mitbestimmen müssen. Die Maximen der Mitbestimmung sollten als grundsätzliche Blaupause herangezogen werden/(maßgeblichen) Einfluss haben. Das Gegebensein an sich von Tarifverträgen müsste in allen Branchen zur gesetzlichen/normierten Pflicht werden. Tariffucht muss politisch, gesellschaftlich (als soziale Verantwortungslosigkeit) und rechtlich sanktioniert werden. (Die abhängig Beschäftigten dürfen faktisch nicht einer „individuellen Bettelei“ ausgesetzt werden.) Innerhalb einer echten wirkungsmächtigen Wirtschaftsdemokratie kann auch das Thema kollektive Arbeitszeitverkürzungen / Arbeit umverteilen energischer und zielgerichteter angegangen werden. 2019 haben die Beschäftigten in Deutschland knapp zwei Milliarden Überstunden geleistet, davon die Hälfte unbefahlt. Gleichzeitig ist die Arbeit längst so produktiv und die Gesellschaft so reich, dass ein neues Verhältnis von Arbeit und Leben möglich ist. Die Zeit ist spätestens jetzt reif für eine Arbeitszeit, die zwischen 28 und 35 Stunden pro Woche zu einer Norm werden sollte, an der sich gesetzliche Regelungen und Tarifverträge orientieren. Eine 'Kurze Vollzeit für alle' mit in der Regel vollem Lohnausgleich und notwendigem Personalausgleich darf keine Utopie bleiben, sondern ist ernsthaft zu realisieren. (Dass eine 'Kurze Vollzeit für alle' bei vollem Lohnausgleich möglich ist, belegt z.B. Heinz-J. Bontrup in seinem Aufsatz „Kollektive Arbeitszeitverkürzung ist lange überfällig“, Sozialismus.de - Forum Gewerkschaften -, Heft 9/2020. S. 51 ff.) Dies alles führt zu einer freieren, selbstbestimmteren, weniger prekären Arbeit.

Aufgrund einer zweifelhaften Unterscheidung von 'öffentlich' und 'privat', die spätestens gegenwärtig zu erörtern ist, wird die Verfügungsgewalt über die gesellschaftlichen Ressourcen, also die Entscheidungen über Produktionsmittel, Investitionen, Produktionsverfahren, Produkte oder Standortverlagerungen alle in zum privaten Bereich gezählt. Unternehmen, die doch so wichtig sind für die Allgemeinheit, werden nicht als auch öffentlichen Charakter habende Institutionen begriffen. So sind Individuen (Menschen als Einzelwesen) zwar in der Sphäre der Politik Bürger*innen mit verfassungsmäßigen Mitspracherechten und können sich an der Gestaltung des Gemeinwesens beteiligen. Doch in der Arbeitswelt bestehen weitgehend "Obrigkeitsverhältnisse" fort. Unter dem Druck der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und der Shareholder-Value-Orientierung (die Unternehmenspolitik ist primär auf die Steigerung des Aktionärsvermögens ausgerichtet) konnten diese "Obrigkeitsverhältnisse" in den letzten 40 Jahren zulasten der abhängig Beschäftigten sogar wieder verschärft werden.

Unternehmen dürfen aber keine demokratiefreien Zonen sein. Für den absolut unverzichtbaren Sozial-ökologischen Wandel (Transformation) innerhalb der Mindestanforderung Wirtschaftsdemokratie müssen zur Finanzierung auch die Profit-Rücklagen der Konzerne genutzt werden. Notwendig sind Eigentumsverhältnisse, die das ermöglichen. Deshalb sollten Dax-Unternehmen durch eine dreigeteilte Eigentümerstruktur demokratisiert und ihre Geschäftspolitik neu ausgerichtet werden: mindestens 21 Prozent öffentliches Eigentum, 30 Prozent Belegschaftseigentum und 49 Prozent private Aktionäre. Dividendenausschüttungen sollten gedeckelt werden. Die dadurch freiwerdenden Finanzmittel kommen einem „Solidaritäts-, Umwelt- und Infrastrukturfonds

zugute, der auch Genossenschaften (s.u.) und Arbeitszeitverkürzung in weniger profitablen Bereichen querfinanzieren könnte. Sozial-ökologische Transformation erfordert auch Innovationen, Forschungs- und Wissenschaftsleistung jenseits des kapitalistischen Zwanges zum Profitmachen. Zur Bearbeitung dieses Bereiches sollten auch neue Formen demokratischer Unternehmen genutzt werden. Z.B. Plattform-Genossenschaften oder digitale Kooperativen (staatlich gefördert und mit öffentlicher Forschung verbunden). Es geht darum, den Genossenschaftsgedanken weiterzuentwickeln und entsprechende Betriebe und Unternehmen zu einem Innovationstreiber für die gesamte Gesellschaft zu machen. Damit entsteht ein „solidarischer Zukunftssektor“. Ohne soziale, ökologische und demokratische Transformation wird es zu einem massiven Beschäftigungsabbau kommen.

Schon im Stadium der noch kapitalistischen Wirtschaftsdemokratie im Prozess der Sozial-ökologischen Transformation braucht es demokratische Entscheidungen darüber, was und wie produziert werden soll. Klaus Dörre spricht von einer „transformativen Demokratie“. Dörre erklärt, es geht um mehr als klassische Wohlfahrtsstaatspolitik. Im Grunde geht es um die Rückverteilung gesellschaftlichen Reichtums und vor allem um eine Neuverteilung von Entscheidungsmacht in Wirtschaft, Betrieben und Konzernen. Er bringt hierzu ein eindrucksvolles Beispiel: Besser, als auf das Fahren von großen SUVs zu verzichten, ist, sie gar nicht erst zu produzieren. Angesichts ihrer lebensbedrohenden Konsequenzen dürfen Entscheidungen über das Was, das Wie und das Wozu der Produktion von Gütern und Dienstleistungen nicht länger kleinen Managereliten in Großunternehmen vorbehalten bleiben. (Dabei ist immer zu bedenken: Manager treffen im Kapitalismus ihre Entscheidungen nicht aus freien Stücken, sondern folgen den Gesetzmäßigkeiten von Markt, Wettbewerb und Profitmaximierung. Wirtschaftsdemokratie muss also mindestens über die betriebswirtschaftliche Logik hinausgehen.) Die Gesellschaft muss den Konzernen vorgeben, jetzt mit ökologischer Konversion (Umwidmung/Umstellung) zu beginnen. Der Gedanke einer demokratischen Rahmenplanung in der Wirtschaft muss Platz greifen. Das bedeutet: Soziale und ökologische Ziele, die Erfahrungen und Arbeitsbedingungen der Menschen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen und die sozialen Folgen technologischer Entscheidungen müssen von vornherein prioritär in die Entscheidungsprozesse der Unternehmen einfließen.

Neben der Betrieblichen Mitbestimmung, der Stärkung der Gewerkschaften und Sozialverbände und den gesetzlich vorzuschreibenden Tarifverträgen sollten verfassungsrechtlich Räte (z.B. nach dem Vorbild - oder Teilelementen davon (= auch autonome Verwaltungsstrukturen) - der Zapatistischen Indigenen-Bewegung) etabliert werden, die durch die Bürger*innen im Sinne der Basisdemokratie zu besetzen sind. Zu denken ist hier in erster Linie z.B. an Regionale Wirtschaftsräte, die über die Gelder eines eingerichteten Transformationsfonds mitentscheiden sollen. Jedenfalls ist den Räten zwingend/verbindlich ein Beteiligungsrecht / Anhörungsrecht / Benehmensrecht einzuräumen im Sinne eines zivilen, demokratischen 'Fachverständes', welcher die Parlamentarische Demokratie nicht ersetzt, aber von dieser zwingend als fachliche Beratung herangezogen werden muss - z.B. bei der Grundgesetz gemäßen / verfassungsgemäßen, notwendigen Sozialisierung (= Vergesellschaftung) von unverzichtbaren Einrichtungen zugunsten des Gemeinwohls / der Daseinsvorsorge. Parlamentarische Entscheidungen, die in wesentlichen Fragen vom Fachvotum der Räte abweichen, müssen besonders begründet werden und nach dieser besonderen Begründung erneut in den parlamentarischen Entscheidungsprozess gegeben werden. Beispiele für Räte sind weiter: Ökologieräte / Klimaräte / Energieräte / Land- und Forstwirtschaftsräte / Wohnungsbauräte / Wasserversorgungsräte, Integrationsräte, Kinder- und Jugendräte. Eine neoliberal orientierte, organisierte und priorisierte 'Marktkonforme Demokratie' / 'die unsichtbare Hand des Marktes' bzw. eine 'Postdemokratie' (Colin Crouch) will und kann dies alles nicht leisten! Als übergreifende Klammer muss feststehen: Jedenfalls die 'Grundversorgung' (= von

lebenswichtigem Interesse für die Gemeinschaft) und die soziale Infrastruktur müssen am Bedarf der Menschen und nicht an Profitinteressen ausgerichtet werden.

C) Der unverzichtbar anzustrebende Ziel-Zustand

Von da aus kann der Schritt in ein System des NICHT-Kapitalismus Realität werden. (Seien wir mutig und orientieren uns an Oskar Negt: "Nur noch Utopien sind realistisch".)

Ein solches System ist gekennzeichnet durch Kooperation, Wegfall des Wachstumsbefehls, Demokratie statt Plutokratie, Gleichheit, Freiheit von Ausbeutung und Unterdrückung, Soziale Gerechtigkeit, Solidarität, absolute Ökologiekompatibilität, Internationalismus statt Nationalismus, tatsächliche Humanität, wirkungsvolle/unverhandelbare Menschenrechte, Fairer Handel *n i c h t* Freihandel (s.u.)!

In einem solchen System bestimmen die eigentlichen Produzenten/Hersteller (die Masse der (jetzt noch) abhängig Beschäftigten) **WAS** für **WEN** **WOZU** **WIE** hergestellt/produziert wird (zumindest bestimmen die eigentlichen Produzenten dies paritätisch mit). Die Produktion erfolgt *bearfsorientiert / bedarfsgerecht* zuallererst gemäß den Erfordernissen des Gemeinwohls/der Daseinsvorsorge und nicht in erster Linie profit- und reichumsfixiert zur maßlosen Anhäufung privaten Reichtums. Ein solches System könnte als *Maxime* heißen: "Die allumfassende, optimale Gemeinwohlorientierung des Staatswesens". **Ein solches System kann auch bezeichnet werden als Demokratischer, ökologischer Sozialismus.**

Die 'Sozial-ökologische Transformation' - der *Gerechte Wandel*, welche/welcher in der *Wirtschaftsdemokratie* (siehe oben) beginnen muss, benötigt zwingend und spätestens in der Phase des *Ziel-Zustands* den positiven Abschluss!

Bei diesem Gerechten Wandel kann z.B. auch auf das lateinamerikanische Konzept des „Buen Vivir“, welches seinerseits auf dem Konzept 'Sumak Kawsay' der indigenen Völker des Andenraums beruht, zurückgegriffen werden. Dieses Konzept hat sich folgende Grundorientierung gegeben: „ (...) eine neue Form des Zusammenlebens der Bürgerinnen und Bürger in Vielfalt und Harmonie mit der Natur aufzubauen, um das Gute Leben, das Sumak Kawsay, zu erreichen; eine Gesellschaft zu schaffen, die die Würde der Menschen und Kollektive in allen Aspekten respektiert; ein demokratisches Land zu schaffen, das sich der lateinamerikanischen Integration (...), dem Frieden und der Solidarität mit allen Völkern der Erde verpflichtet.“ Dieses Konzept des Guten Lebens gründet auf jedenfalls schonenden, achtsamen, rücksichtsvollen Lebensweisen und „rechtfertigt und toleriert in keinem Fall die Zerstörung der Natur und auch nicht die Ausbeutung von Menschen oder die Existenz privilegierter Gruppen, die auf Kosten der Allgemeinheit und von der Arbeit und den Opfern anderer leben. Das 'Gute Leben' bezieht alle mit ein, sonst ist es kein gutes Leben.“ (Alberto Acosta)

Ein weiterer Baustein des Gerechten Wandels kann auch die *Suffizienz* sein. Suffizienz meint nicht *Verzicht*. Vielmehr geht es darum, dass etwas *'genug'* ist. Es geht bei dem Suffizienzgedanken also darum, absolute Grenzen festzulegen. Statt immer mehr: *Es ist genug!* Zum *Beispiel*: Keine weiteren Mastställe (generelle Reduzierung der Fleischproduktion). Flächenverbrauch für Straßen, Gewerbe- und Industriegebiete begrenzen. Wohnungsbau als *pures Renditeobjekt* für Investoren muss unter dem Gesichtspunkt des *Allgemeinwohls* streng

hinterfragt werden. Keine immer größeren Autos, Fernseher und Kühlschränke. Es geht ganz wesentlich auch um Müllvermeidung.

Die Kultur der Genügsamkeit wird sehr wesentlich bestimmt durch den verantwortungsvollen, strategischen Konsum. Gegen die Flut des Konsumismus gibt es Widerstand. Viele Menschen erteilen der Aufforderung „shoppen“ zu gehen eine Absage. Freiwillige Reduzierung des Konsums kann das subjektive Wohlbefinden verbessern. Die Idee eines guten Lebens und eines guten Lohns bei bescheidenen Ansprüchen darf nicht durch einen hemmungs- und grenzenlosen Konsumismus ersetzt werden. Mahatma Gandhi hat die Menschen dazu aufgerufen „einfach zu leben, damit andere einfach nur leben können“. Papst Franziskus sagt uns in Laudato si (193): „Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unverträglich ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

So unstrittig und eminent wichtig der verantwortungsvolle, strategische Konsum zur Realisierung der Kultur der Genügsamkeit auch ist - e n t s c h e i d e n d ist die Produktionssphäre. Die Soziologen John Bellamy Foster, Brett Clark, Richard York kritisieren eine Fixierung auf Konsum und Lebensstile, die viele ökologische Initiativen auszeichne. Solche Fixierungen erlaubten es, a l l e s a u ß e r dem ökonomischen System für die Überbeanspruchung natürlicher Ressourcen verantwortlich zu machen. Diese Überbeanspruchung habe ihre wichtigsten Ursachen jedoch in der kapitalistischen Wirtschaft. Deshalb sei es falsch, den Massenkonsum zum Hauptschuldigen zu erklären und ein grünes Einkaufsverhalten als Lösung zu proklamieren. Konsumgüter stellten stets nur einen Teil des Gesamtausstoßes dar. Der Großteil des Abfalls und Mülls falle im Kapitalkreislauf selbst an. Verbrauchersouveränität sei hingegen eine bloße Fiktion, weil auch die hegemonialen Konsumnormen u.a. mittels Werbung in der Produktionssphäre entstünden. E n t s c h e i d u n g e n über ökologisch destruktiven Luxuskonsum lägen bei kleinen Minderheiten. Wenig mehr als 1.000 transnationale Konzerne e n t s c h e i d e n über das 'Was', das 'Wie' und das 'Wozu' von Güter- und Dienstleistungsproduktion. Klaus Dörre erklärt, dass Produkt- und Produktionsentscheidungen, die in den imperialen Machtzentren fallen, sich kaum oder gar nicht über das Konsumentenverhalten beeinflussen lassen. In den rivalisierenden Imperien bestimmen in erster Linie die Repräsentanten von mächtigen Staaten und großen Unternehmen, wie die Weichen bei Produktion und Konsum gestellt werden. Abfall und Müll werden primär innerhalb des Wirtschaftssystems und nur in zweiter Linie über den Konsum erzeugt. Für den Energiebedarf und die Ressourcennutzung gilt Ähnliches. Auch drehen sich Welthandel und internationale Wirtschaftsverflechtungen weniger um Kundenbedürfnisse als um gewinnbringende Produktion und Absatz. Die großen inter- und transnationalen Konzerne üben P r o d u z e n t e n s o u v e r ä n i t ä t aus und beherrschen mit ihr - häufig im Bündnis auch mit Eliten aus Ländern des Globalen Südens - sowohl die Produktion als auch den Konsum.

D) Exkurse

Exkurs I - kapitalistisches Instrument Lieferkettengesetz - (aktuelle Fakten)

Im Februar 2021 haben die Minister Altmaier (Wirtschaft) CDU, Müller (Entwicklung) CSU und Heil (Arbeit) SPD einen Entwurf zum Lieferkettengesetz veröffentlicht. Dieser Entwurf hat in der sachgerechten Bearbeitung der Lieferkettengesetz-Materie insgesamt ein sehr geringes Niveau. Die berechtigten Interessen der im Globalen Süden arbeitenden Menschen nach Arbeitsschutz,

Einhaltung der Menschenrechte, tendenziell gerechter Entlohnung bei der Produktion zugunsten des Globalen Nordens (hier: Deutschland) werden nur sehr defizitär zur Geltung gebracht. Die bei der Produktion im Globalen Süden vernutzte, geschändete, zerstörte Umwelt, welche für die dort lebenden Menschen existenziell ist, wird kaum geschützt. Dieser Entwurf ist weit überwiegend ein Schutzgesetz zugunsten der deutschen Unternehmer, Konzerne, Kapitaleigner. Deutsche globale Wettbewerbsfähigkeit steht dank Ex-Bundeswirtschaftsminister Altmaier eindeutig im Vordergrund! Dieses Lieferkettengesetz enthält keine zivilrechtlichen Haftungsregeln zur Inanspruchnahme Schaden zufügender deutscher Unternehmen. Gegenüber den deutschen Unternehmen sind keine Strafen für bestrafungsrelevantes Verhalten vorgesehen, sondern nur Bußgelder, die rechtlich lediglich Ahndung von Verwaltungsunrecht sind! Das Gesetz soll erst ab 2023 für Firmen mit mehr als 3.000, ab 2024 mit mehr als 1.000 Beschäftigten gelten. Die allermeisten deutschen Firmen mit Lieferkettengesetzrelevanz wird dieses Gesetz so oder so **f a k t i s c h überhaupt nicht in die Pflicht nehmen können. Das alles ist skandalös - nicht aus Unkenntnis, sondern mit Wissen und Wollen! Es zeigt sich einmal mehr, dass der Schutz der Menschen des Globalen Südens vor Ausbeutung, Unterdrückung, Gesundheitsschädigung, Tod und der Schutz der Umwelt im Globalen Süden bei der Produktion (Wertschöpfung) für den neoliberal enthemmten Globalen Norden (hier: Deutschland) wenig gilt. Dieser Schutz wird nur insoweit gewährt, als er den deutschen Kapitalinteressen **n i c h t** im Wege steht! Solidarität: ungenügend! Das Projekt Lieferkettengesetz ist in seiner gegenwärtigen Substanz zweifelsfrei sehr mangelhaft, weshalb im Gesetzgebungsprozess jedenfalls zu realisieren gewesen wären - aber nicht wurden:**

- 1. Vollumfängliche Sorgfaltspflichten nicht nur für den eigenen Geschäftsbereich und unmittelbare, sondern auch mittelbare Zulieferer -**
- 2. Eine explizite zivilrechtliche Haftungsregel, wonach Unternehmen vor deutschen Zivilgerichten für Schäden haften, die sie durch Missachtung ihrer Sorgfaltspflichten verursacht haben -**
- 3. Einführung eigenständiger umweltbezogener Sorgfaltspflichten -**
- 4. Eine Ausweitung des Geltungsbereichs auf alle Unternehmen mit über 250 Mitarbeitenden sowie auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in Sektoren mit besonderen menschenrechtlichen Risiken.**

Ein inhaltlich starkes und wirkungsvolles Lieferkettengesetz zum Schutz der Menschenrechte und der Umwelt in den Ländern des Globalen Südens, die für den Globalen Norden produzieren, ist unverzichtbar! Menschenrechtsverletzungen, Arbeitssituationen/Arbeitsbedingungen, Wohnverhältnisse, Umweltzerstörungen, die partiell, grundsätzlich und strukturell den Verhältnissen/Zuständen vergleichsweise relativ ähnlich sind, die schon 1845 / 1887 von Friedrich Engels in seinem Werk ' Die Lage der arbeitenden Klasse in England ' präzise und schonungslos aufgezeigt wurden, müssen ohne schuldhaftes Zögern und ohne Wenn und Aber aufgehoben werden! Dabei ist klar zu sehen, dass ein solches Gesetz keinesfalls bereits einen Austritt aus dem System des Kapitalismus bedeutet. Aber ein solches Gesetz ist ein hoch wichtiger Schritt in die richtige Richtung!

E x k u r s I I F r e i h a n d e l

- a l l g e m e i n -

**als radikal kapitalistisches Instrument - Freihandel, der zur Unfreiheit führt -
(Freihandel als „Brandbeschleuniger“ der kapitalistischen Zerstörung)**

„Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muss sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander.“

(Karl Marx/Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei (1847/48), MEW, Bd. 4, S. 465, 466)

(Exploitation = Ausbeutung)

Freihandel und die sogenannten Freihandelsabkommen/-verträge sind keine Erfindung des Turbokapitalismus der letzten fünfzig Jahre. Schon der sogenannte Opiumkrieg 1839 - 1842 zwischen Großbritannien und dem Kaiserreich China zeugt vom Freihandel, wie die westlichen Imperien (heute sprechen wir vom „Westen“, dem „Globalen Norden“) diesen verstanden und verstehen und sich seither zu nutze machten und machen.

„China hatte jahrhundertelange Erfahrungen mit den Folgen des Opiumgenusses und wollte die zunehmende Drogenabhängigkeit seiner Untertanen nicht hinnehmen. Es sandte zunächst erfolglos Bittbriefe an die englische Königin Victoria und verbot schließlich den Opiumhandel. Die britischen Händler handelten das Opium daraufhin illegal, bis China 1839 350 Händler internieren und die dabei beschlagnahmten 1.400 Tonnen Opium verbrennen ließ. John Stuart Mill, Philosoph, Ökonom und zeitlebens Angestellter der East India Company, hielt dieses Verbot für ein Übel mit dem Argument, dass es ein *Eingriff in die Freiheitsrechte* der potenziellen Käufer sei (Mill 1989:96). Das britische Unterhaus entsandte 16 Kriegsschiffe mit 540 Kanonen und 4.000 Soldaten, die die chinesischen Dschunken in Grund und Boden schossen. 1842 endete der Krieg mit dem Zwangsvertrag von Nanking, in dem sich China zum unbeschränkten Freihandel einschließlich Opiums, der Abtretung Hongkongs und zu Reparationszahlungen verpflichtete.“ (Helge Meves in „Alle Verhältnisse umzuwerfen ... und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“, 2018, S. 160, 161)

Heute geht es vordergründig weniger gewalttätig zu - aber nur vordergründig!

Petra Pinzler, Journalistin, Autorin (studierte Wirtschafts- und Politikwissenschaft), beschreibt den gegenwärtigen Zustand betont sachlich wie folgt: „Frei oder in Fesseln? TTIP, TISA, CETA: Weltweit wächst der Protest gegen eine Handelspolitik, die vor allem das Wohl multinationaler Konzerne im Blick hat. Mühsam errungene Regeln zum Schutz von Verbrauchern, Arbeitnehmern und Umwelt werden demontiert. Die neuen Abkommen gefährden hart erkämpfte Bürgerrechte, sie erzwingen Liberalisierung und fesseln die Demokratie. Und TTIP ist nur ein Teil des Problems, längst gehört die gesamte Handelspolitik reformiert.“ (Klappentext (Rückseite) von „DER UNFREIHANDEL Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien“, Petra Pinzler, 2015)

Nähern wir uns einer radikalen Kritik der sogenannten Freihandelsabkommen

(Helmut Gelhardt - anlässlich der Demonstration gegen die Freihandelsabkommen TTIP / CETA / TISA in Koblenz am 18.04.2015 - Europäischer Aktionstag Freihandelsabkommen, Internetseite der KAB DV Trier, hier: FORDERN! / GEGEN TTIP / CETA U.A. / Globaler Aktionstag : 18.04.2015): „Mit welchem System hat dies alles zu tun? Und was haben die Freihandelsabkommen TTIP / CETA und TISA mit dem zu identifizierenden System zu tun? Zu tun haben wir es mit dem System des Kapitalismus! Das kapitalistische/neoliberale/marktradikale Wirtschaftssystem ist geprägt vom Konkurrenzsystem. Dieses System führt unentrinnbar zu einem wesensbestimmenden/innewohnenden Wachstumszwang, der seiner inneren Logik gehorchend nur in permanenter Profitmaximierung und daraus sklavisch folgend ungebremster Kapitalakkumulation „kapitalistisch“ ver-

nünftig sein kann. Letztlich führt diese Verkettung unausweichlich zur (schleichenden) Enteignung der abhängig arbeitenden Menschen, welche gezwungen sind diese Wirtschaftsweise/Produktionsweise durch ihre Arbeit aufrecht zu erhalten, weil sie sich ohne das Entgelt für diese Arbeit nicht lebensfähig erhalten (reproduzieren) könnten. Solange dieses System besteht, sind die Menschen Gefangene dieses Systems. Dieses System stellt sich im wahrsten Sinne des Wortes als „Teufelskreis“ dar! Die Arbeit der Menschen erzeugt erst diese Profitmaximierung und Kapitalakkumulation nahezu ausschließlich zugunsten der (großen) Kapitaleigner. Der abhängig/fremdbestimmt arbeitende Mensch „profitiert“ nicht. Er wird, wenn er noch zu den „glücklicheren“ gehört, nur mit einem ungerechten Lohn abgespeist! Er wird mehr oder weniger ausgebeutet. Diejenigen, die nicht mehr das „Glück“ haben ausgebeutet zu werden, sind (siehe nachfolgend) Ausgeschlossene! Dieses System stellt sich uns faktisch immer mehr dar, als eine Wirtschaft der Ausschließung. Als ein System, in dem das Geld vergöttert wird. In dem das Geld „regiert, statt zu dienen“. Als ein System der exorbitant zunehmenden sozialen Ungleichheit, die Gewalt hervorbringt. Papst Franziskus hat es in einem einzigen kurzen, treffenden Satz unüberbietbar so ausgedrückt: 'Diese Wirtschaft tötet'. (Evangeli gaudium, 53.) Das hört sich radikal und absolut an. Und vielen Vertretern sog. Eliten passt dieser Satz ganz und gar nicht! Aber dieser Satz muss von seiner Radikalität und Absolutheit nichts zurücknehmen. Er ist die richtige Beschreibung der Realität!“

Auch in den USA gibt es bedeutende Stimmen gegen TTIP. Senator Bernie Sanders (Demokraten) erklärt: „Wir haben Freihandel ausprobiert, es funktioniert nicht“. Er nennt „Millionen von Arbeitsplätzen“ und „60.000 Fabriken“ in den USA, die dem Freihandel mit Mexiko und Kanada seit 1994 zum Opfer gefallen seien. Er spricht von einem „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“. (taz.de vom 17.04.2015 - „Krieg gegen arbeitende Amerikaner“) (Anmerkung des Verfassers: Senator Bernie Sanders sieht sich als Demokratischer Sozialist.)

Der US-amerikanische Senator Bernie Sanders hat auch gegenwärtig sein Einschätzung nicht geändert: „Aber die Clinton-Regierung trieb nicht nur die Deregulierung der Wallstreet voran, sie arbeitete auch mit den Großkonzernen Amerikas (*corporate America*) zusammen, um gegen die Gewerkschaften und eine Mehrheit der Demokraten NAFTA durchzusetzen, ein desaströses Freihandelsabkommen, das uns nicht nur Hunderttausende von Arbeitsplätzen kostete, sondern auch den Boden für zukünftige Freihandelsabkommen bereitete, die ebenso verheerend waren.“ (Sanders, 2017, S. 65)

„Die Realität ist, dass die sogenannte Freihandelspolitik der letzten 35 Jahre amerikanischen Arbeitnehmern unaufhörlich geschadet hat. Die von der US-Wirtschaft manipulierten Freihandelsabkommen haben es den Konzernen viel leichter gemacht, Produktionsanlagen in den USA zu schließen, Arbeiter auf die Straße zu setzen und nach Mexiko, China oder in anderer Länder umzuziehen, wo nur ein Bruchteil der hiesigen Löhne gezahlt wird.“ (Sanders, 2017, S. 223)

Auch in Mexiko gab und gibt es massiven Widerstand gegen den Freihandel / Freihandelsabkommen. Besonders und jedenfalls bei der indigenen Bevölkerung, den Indigenas, in Gestalt der (neo) Zapatistischen Bewegung.

„Am 01. Januar 1994 trat das Freihandelsabkommen NAFTA in Kraft. Die Regierungen Kanadas, der USA und Mexikos haben es unterzeichnet und damit die größte Freihandelszone der Welt geschaffen. NAFTA war ein Pionierabkommen, - vor allem, weil es neben dem Warenhandel auch Dienstleistungen, Investitionen, das öffentliche Beschaffungswesen und geistiges Eigentum einschließt. Heute, 22 Jahre später, kann man die Folgen von NAFTA sehen. Versprochen hatten seine damaligen Befürworter Wachstum und Arbeitsplätze. Stattdessen haben Millionen Menschen in allen drei Ländern ihre Arbeit verloren oder drastische Lohnsenkungen hinnehmen müssen. Die Umwelt hat gelitten und der Staat hat deutlich an Macht verloren. Profitiert hingegen haben in jeglicher Hinsicht transnationale Großkonzerne. Heute hören wir die gleichen Argumente

wieder bei CETA und TTIP.“ (attac Leipzig, Pressemitteilung vom 23.08.2016, „Zapatistas und der Widerstand gegen Freihandel“)

Der ehemalige Subcomandante Marcos der Ejército Zapatista de Liberación Nacional - EZLN - (Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) 5) wurde von dem spanischen Schriftsteller, Journalisten und Lyriker Manuel Vázquez Montalbán bereits um die Jahrtausendwende (jedenfalls vor dem Jahr 2000) im mexikanischen Bundesstaat Chiapas, im Süden Mexikos, interviewt. Montalbán stellt in diesem Interview fest: „Der Zapatismus tritt genau zu dem Zeitpunkt an die Öffentlichkeit, als mit dem Inkrafttreten des Freihandelsabkommens NAFTA der Eintritt Mexikos in die Erste Welt proklamiert werden soll. Da ertönt die zapatistische Alarmglocke wie ein Dementi dieses sogenannten glücklichen Endes der Modernisierung.“

Marcos antwortet wie folgt: „Das hat sich aus der historischen Entwicklung ergeben. Der Neoliberalismus, die Globalisierung, bereitet eine großangelegte Simulation vor: Wir können es erreichen, daß Mexiko zur Ersten Welt gehört, aber das geht nicht, wenn wir alle sozialen Schichten einbeziehen. Es geht nur dann, wenn diejenigen ausgegrenzt werden, die den Modernisierungsstandards nicht entsprechen. Im Falle des Liberalismus sind das die Standards von Kauf und Verkauf. Bei unserem Eintritt in die Erste Welt sollten also zehn Millionen Indios ausgeschlossen werden, so als seien sie keine Mexikaner, weil sie niemals als solche behandelt wurden. Der Neoliberalismus selbst treibt die Indios zur Rebellion, seit er 1982 in seiner ganzen Härte in Mexiko eingeführt wurde. Nicht der Zapatismus, sondern der Neoliberalismus stellt uns vor die Wahl: entweder weiterleben und kämpfen oder verschwinden und sterben. (...) Wir wollten zeigen, daß der Eintritt Mexikos in die Erste Welt auf einer Lüge beruhte. Nicht nur einer Lüge für die indianische Bevölkerung, wie es die Krise von 1994/95 offenlegte, sondern auch für die Mittelschichten, für die arbeitende Klasse, wie man früher sagte. Und sogar für einen großen Teil des Unternehmertums. (...)“ (Montalbán, 2001, S. 86 – 90)

Das Sachbuch des Rechtswissenschaftlers Simon Schuster: Demokratie des gehorchenden Regierens - Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung, 2017, hat das Thema Neoliberalismus (m a r k t e x t r e m i s t i s c h e r Kapitalismus) und Kapitalismus in Mexiko gleichfalls zum Gegenstand - hier ebenfalls u.a. mit Bezug auf das Freihandelsabkommen NAFTA.

„Als Beweis für die Dominanz des >Exkludierenden< im politischen System Mexikos führen die Zapatist*innen die Wirtschaftspolitik Mexikos der 80er Jahre, die Reform des Art. 27 CF, den Beitritt zur NAFTA (...) an. (...) Alle aufgezählten Strukturanpassungen sind für die Zapatist*innen Symbol der Trennung der politischen Akteure von ihrer Basis, dem mexikanischen Volk. Die strikte Liberalisierungspolitik, gut symbolisiert durch die Agrarreform des Art. 27 CF und den Beitritt zur NAFTA, steht für sie im Widerspruch zu den Bedürfnissen der armen Bevölkerung Mexikos und im Zeichen der Interessen des internationalen Großkapitals. Für die Zapatist*innen ist die Tatsache, dass die gewählten Politiker*innen Entscheidungen gegen die eigentlichen Interessen vieler Wähler*innen durchsetzen, Beweis für das Fehlen von Demokratie im politischen System Mexikos. Das mexikanische Volk, das gemäß Art. 39 CF der verfassungsmäßige Souverän sein sollte, habe die Entscheidungsgewalt im Staat verloren. Die interne Ausgestaltung der staatlichen Ordnungsstrukturen vermochte es nicht, die Souveränität gegen die gesellschaftlichen Kräfte zu behaupten. Die mexikanische Demokratie sei strukturell deformiert worden. In einem ihrer neueren Comunicados verdeutlichen die Zapatist*innen erneut, welches Bild sie von der Regierung und den Politiker*innen im Allgemeinen haben. Unter anderem heißt es dort:

„Die von oben sprechen: Wir sind diejenigen, die befehlen. Wir haben mehr Macht, auch wenn wir weniger sind. Uns ist es egal, was du sagst-hörst-denkst-tust, solange du stumm, taub, reglos bist.“ (Marcos, „Sie und Wir“) “ (Schuster, 2017, S. 21, 22)

Ziehen wir „Bilanz“ in Sachen Freihandel / Freihandelsabkommen.

Die Befürworter des globalen Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter demokratiefördernden Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada) zeichnet ein konträr anderes Bild. Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Marktgläubigkeit, welche sich als Marktfundamentalismus (extremistischer Kapitalismus) etabliert. Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wird der demokratische Prozess ausgehebelt, damit die absolut dominieren sollende Wirtschaft über die demokratische Ordnung gestellt werden kann. Freihandelsabkommen sind Instrumente, um Deregulierung und den Abbau von Standards international voranzutreiben.

Mittlerweile ist mit JEFTA (zwischen EU und Japan) ein weiteres Großprojekt des Freihandels zu verzeichnen. Durch JEFTA (in Kraft getreten am 1. Februar 2019) soll die größte Freihandelszone der Welt entstehen. Japan ist die viertgrößte Wirtschaftsmacht der Welt. Gemeinsam verfügen Europa und Japan über ca. ein Drittel der gesamten Weltwirtschaft. Aber: Selbst ökonomische Studien durch die EU-Kommission weisen nur ein äußerst bescheidenes Wirtschaftswachstum für die gesamte EU von 0,76 Prozent nach bis zu 20 Jahren aus!

Verdeutlichen wir uns stellvertretend zunächst am Beispiel JEFTA nochmals die immens negativen Wirkungsweisen der Freihandelsabkommen:

JEFTA folgt im Prinzip wie die Freihandelsabkommen TTIP und CETA knallhart eindeutig einer Agenda zugunsten der Konzerne. (Dass TTIP zur Zeit als „tot“ bezeichnet wird, sollte niemanden in Sicherheit wiegen. TTIP kann jederzeit zum Leben erweckt werden!) Viele Sonderrechte und keine Pflichten für Unternehmen. Absenkung sozialer und ökologischer Standards sind die Leitsätze! Auch JEFTA wurde sehr lange und weit überwiegend vorbei an der Öffentlichkeit verhandelt. Z.B. ist erst seit April 2018 der vollständige Text in deutscher Sprache verfügbar. Der Konzernlobbyismus hatte intensivste Gelegenheit zur Mitwirkung. Umweltschutz-, Verbraucherschutzorganisationen und Gewerkschaften - wenn überhaupt - bestenfalls nur marginal!

Die wichtigsten „Bausteine“ / „Stützpfiler“ von JEFTA zugunsten des Kapitalismus/des kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsmodells (eines Modells im Zeichen der Ausbeutung und Unterdrückung) sind:

1.

Die Problematik Sondergerichtsbarkeit/Paralleljustiz für Konzerne, mit denen diese die Staaten auf 'entgangene Gewinne' verklagen können, wurden nicht Gegenstand dieses Freihandelsabkommens, damit es sich nicht um ein Gemischtes Freihandelsabkommen handelt, dem die EU-Mitgliedsstaaten zustimmen müssten. Mit diesem Schachzug muss JEFTA zur Abstimmung nur ins Europaparlament. Gleichwohl wird diese Sonderschiedsgerichtsbarkeit nicht aufgegeben, sondern in einem weiteren Abkommen ausgehandelt werden. Damit werden weiter z.B. Erhöhungen des Mindestlohnes, verbesserte Umwelt- und Verbraucherschutzbestimmungen in den Mitgliedsstaaten der EU, welche bei den Unternehmen zu erhöhten Kosten und damit zur Reduzierung der Gewinne führen, Gegenstand von Konzernklagen gegen Staaten sein. Dies ist demokratiewidrig, weil Gemeinwohlinteressen so dem Profitinteresse der Konzerne geopfert werden.

2.

Klimawandel: Konkrete Maßnahmen oder Ziele, die über eine sehr vage Verpflichtung zur Zusammenarbeit zur Vermeidung des Klimawandels hinausgehen, fehlen in JEFTA. Im Vertragstext heißt es, dass JEFTA die Vertragsparteien nicht davon abhalten solle, multilaterale Umweltschutzabkommen umzusetzen. Jedoch nur, wenn dadurch der Handel nicht eingeschränkt oder der Vertragspartner nicht 'diskriminiert' würde. Im Klartext: Klimaschutz nur insoweit, als die Interessen des markttextremistischen Kapitalismus nicht eingeschränkt werden!

3.

Vorsorgeprinzip: Das im europäischen Umwelt- und Verbraucherschutz recht geltende Vorsorgeprinzip soll sicherstellen, dass der Staat vorsorglich handelt, auch wenn in der Wissenschaft noch Uneinigkeit über eine mögliche Schadensherbeiführungsfähigkeit besteht. Ist der begründete Verdacht gegeben, dass ein Produkt Umwelt und Menschen wahrscheinlich schaden kann, wird es (zunächst) nicht zugelassen. Dieses entscheidend bedeutende Prinzip ist im JEFTA-Abkommen nur unzureichend im nicht sehr einflussreichen Nachhaltigkeitskapitel vorgesehen lediglich als „Vorsorgeansatz“, aber nicht als juristisch machtvolleres „Vorsorgeprinzip“. Nachhaltigkeitskapitel in Freihandelsabkommen der EU sind von einer Staat-zu-Staat-Klagemöglichkeit ausgeschlossen. Dies bedeutet, dass es bei Verstößen gegen Regelungen in Nachhaltigkeitskapiteln - etwa bei Nichtberücksichtigung des Vorsorgeprinzips - keine Bestrafungsmöglichkeiten gibt!

4.

Erhaltung der Biologischen Vielfalt: In JEFTA findet sich ein Hinweis auf den Schutz der Biologischen Vielfalt lediglich durch Nennung der Biodiversitätskonvention im Nachhaltigkeitskapitel. Die Bedenken hinsichtlich der Privatisierung der Rechte an gentechnischen Ressourcen sowie der Patentierbarkeit von Pflanzen- und Tierarten und in Bezug auf den Schutz der biologischen Vielfalt werden nicht berücksichtigt. Die Rechte von Unternehmen, welche Biotechnologiepatente besitzen werden jedoch weiter gestärkt!

5.

Illegaler Holzhandel: Japan gehört zu den absolut bedeutendsten Importnationen im Holzhandel. Die dortigen Unternehmen sind die Hauptabnehmer von illegalem Holz, einschließlich Holz, das aus einigen der wenigen erhaltenen Urwälder in Europa stammt. Japan führt zwar neue Rechtsvorschriften in Bezug auf illegales Abholzen ein. Illegal geschlagenes Holz wird aber weiter nicht verboten. Die EU hat über JEFTA keinen Druck auf Japan für ein Verbot des Importes illegal geschlagenen Holzes ausgeübt. In Ansehung von illegalem Abholzen in Brasilien, Malaysia, China, Indonesien sind sehr negative Umweltfolgen zu befürchten, die durch JEFTA aufrechterhalten oder noch verschlimmert werden könnten.

6.

Walfang: Trotz eines internationalen Verbots von 1986 betreibt Japan weiterhin Walfang in immensum Umfang (über 20.000 Wale bis 2014) unter dem Vorwand der Wissenschaft. Das EU-Parlament forderte jedenfalls eine ernsthafte Diskussion über die Abschaffung und zuletzt sogar die konkrete Beendigung des Walfangs in Japan. Die EU-Kommission wollte dies Japan in JEFTA aber nicht zumuten. Walfang wird in JEFTA nicht erwähnt!

7.

Nachhaltige Entwicklung / Arbeitsrechte: Auch JEFTA fehlt es wie CETA an konkreten durchsetzungsfähigen, strafbewehrten Verpflichtungen in Bezug auf Umwelt, nachhaltige Entwicklung, Arbeitnehmerrechte. Arbeitnehmerrechte sind durch JEFTA gefährdet. Japan hat zwei der acht Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bisher nicht real umgesetzt. Und zwar das Verbot von Zwangsarbeit und das Verbot der Nichtdiskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Und das, obwohl Japan eine hochindustrialisierte Nation ist!

Schließlich ist das Freihandelsabkommen EU-Mercosur zu betrachten. Auf Seiten des Mercosur sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay an diesem Freihandelsabkommen beteiligt. Das Abkommen wurde nach über 20 Jahren (!) im Juni 2019 ausverhandelt. Derzeit befindet es sich in der Phase der Übersetzung und der rechtlichen Überprüfung zwischen den Verhandlungspartnern. Pressemitteilung der NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand, vom 10. März 2021 -

NaturFreunde fordern: EU-Mercosur-Abkommen stoppen! :

„Das neoliberale Freihandelsabkommen EU-Mercosur ist völlig inakzeptabel und wird den Export von industriell produzierten Landwirtschaftsprodukten weiter vorantreiben. Durch das Abkommen

werden die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele torpediert und die Zerstörung des Amazonas-Regenwaldes weiter vorangetrieben. Die EU Staaten tragen mit ihrem hohen Anteil an agrarischen und mineralischen Rohstoffimporten unmittelbar zu dieser Zerstörung bei. Allein die Soja-Anbaufläche beträgt in den Mercosur-Staaten mehr als 13 Millionen Hektar. (...)

Das Abkommen unterstützt zudem die weitere Förderung des Exports von industriell und unter massiver Umweltzerstörung produzierten landwirtschaftlichen Produkten wie Soja und Rindfleisch. In dem Abkommen wird auch die menschenrechtsfeindliche und umweltzerstörende Politik der brasilianischen Bolsonaro-Regierung hingenommen und die Politik der Abholzung des Regenwaldes in keinerlei Weise eingeschränkt. 6) Die Regierung Bolsonaro hat zur Beschleunigung der Vertreibung indigener Gemeinschaften beigetragen. Schon heute haben die Morde an Umweltschützer*innen und indigenen Anführer*innen im Amazonasgebiet einen traurigen Höchststand erreicht. 7)

Das Handelsabkommen unterstützt insbesondere die Exporte der großen EU-Konzerne in der Automobilwirtschaft, dem Elektro- und Maschinenbau sowie der Chemie- und Pharmaindustrie. Sie werden noch einfacher ihre Produkte in die Region exportieren können. In den Jahren 2015 bis 2019 haben die großen Chemieunternehmen der EU-Mitgliedstaaten jährlich mehr als 56.000 Tonnen Pestizide mit einem Wert von über 900 Millionen Euro in den Mercosur exportiert. In dem Handelsabkommen ist zum Beispiel vorgesehen, mehr als 90 Prozent der Chemieexporte aus der EU von Zöllen zu befreien. Im Gegenzug sollen dafür die Zölle auf Mercosur-Agrarprodukte wie Rindfleisch, Zucker, Bioethanol und Hühnerfleisch gesenkt werden. Durch die weitere Exportorientierung der Landwirtschaft wird sich der Pestizideinsatz in der Region weiter erhöhen und Urwälder werden noch schneller zerstört werden.“ Es ist offenkundig: „Der Anbau von landwirtschaftlichen Produkten in riesigen Monokulturen zerstört die Artenvielfalt (...) und trägt zur großflächigen Vergiftung des Grundwassers und der Menschen durch den hohen Einsatz von Pestiziden bei.“ (Pressemitteilung der NaturFreunde Deutschlands, Bundesvorstand, vom 10. März 2021)

Der kapitalistische Wahnsinn via Freihandelsabkommen wird überdeutlich an zwei Ziel-Komponenten der Abkommen JEFTA und EU-Mercosur: Deutschland exportiert Schweinefleisch aus absolut obszöner und umweltschutzwidriger industrieller Massentierhaltung nach Japan und Deutschland importiert Rindfleisch aus maßloser Rinderzucht auf schrankenlos gerodeten Flächen des Regenwaldes in Brasilien! Ist die Steigerung des Perversen grenzenlos? Wer will da noch ohne Scham und Zorn von 'Bewahrung der Schöpfung' sprechen?

Exkurs II

- ...für einen fairen Handel weltweit -

Fairer Handel im Gegensatz zu den **radikal kapitalistischen Instrumenten:**

Freihandel / sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen / Landgrabbing

Es bedarf keiner Frage - auch **Fairer Handel** kann im Kapitalismus, wegen des Wesens des Kapitalismus, nicht absolut fair sein. Im System Kapitalismus kann es nur einen Handel geben, der einem Fairen Handel mehr oder weniger nahe kommt. Trotzdem und selbstverständlich muss der **Faire Handel** eingefordert und gefördert werden, während **Freihandel** abzulehnen ist.

Um es nochmals sehr deutlich hervorzuheben:

Die Befürworter des weltweiten Freihandels versprechen der Menschheit mehr Arbeitsplätze, mehr Wirtschaftswachstum und insgesamt wachsenden, qualitativen, umweltverträglichen Wohlstand unter **demokratischen** Bedingungen. Die Erfahrung hat dies nicht nachgewiesen und schlimmer noch, die Realität der hier stellvertretend genannten Freihandelsabkommen TTIP (zwischen EU und USA), CETA (zwischen EU und Kanada), JEFTA (zwischen EU und Japan) MERCOSUR (zwischen Europa und Brasilien, Argentinien, Uruguay, Paraguay) zeichnet ein konträr

anderes Bild. TTIP ist inhaltlich nicht tot. Es wird periodisch versucht dieses wiederzubeleben! Derzeit (15.12.2022) bereitet die Bundesregierung einen neuen Anlauf für einen Vertrag mit den USA vor, um das gescheiterte TTIP zu ersetzen. Dahinter stecken weder Klimaschutzüberlegungen noch der Wunsch nach mehr „Fairness“ in der Handelspolitik. Die Bundesregierung kettet sich und ihre Nachfolger an das gemeinschaftliche Diktat des westlichen Kapitals.

Statt findet tatsächlich eine fast religiös anmutende Gläubigkeit an den kapitalistischen Markt. Dieser Marktfundamentalismus als extremistischer Kapitalismus setzt die Freihandelsabkommen als Instrumente der Deregulierung, des Abbaus von Umweltschutz-, Verbraucherschutzstandards, von Arbeitnehmerschutzrechten, von öffentlich-rechtlicher Daseinsvorsorge und Gemeinwohlstandards ein.

Die wesentlichen Stichworte heißen in diesem Zusammenhang:

- Schiedsgerichte als Paralleljustiz mit Sonderklagerechten für Konzerne/Investoren z.B. auf „entgangenen Gewinn“ wegen von Staaten erlassenen **v e r b e s s e r t e n** Umweltschutz-, Arbeitnehmerschutz-, Verbraucherschutzgesetzen. Das Kapital klagt. Die Betroffenen haben zu dulden und zu leiden!
- Negativlisten (nur die Ausnahmesachverhalte, die **n i c h t** liberalisiert werden sollen, werden hier aufgeführt). Alles andere darf **p r i v a t i s i e r t / l i b e r a l i s i e r t** werden!
- Im Umweltschutz muss das europäische Vorsorgeprinzip (Vorsichtsprinzip) vollumfänglich gelten und keinesfalls das Prinzip des 'risikobasierten Ansatzes' (wie jedenfalls in den USA), wonach ein Stoff so lange verwendet werden darf, bis eine von ihm ausgehende beträchtliche Gefahr „wissenschaftsbasiert“ zweifelsfrei nachgewiesen ist. Wenn das 'Kind in den Brunnen gefallen ist' - ist es zu spät!

Beim Zustandekommen der Freihandelsabkommen wurde und wird der **d e m o k r a t i s c h e P r o z e s s** jedenfalls ausgehebelt durch:

- jahrelange gewollte Geheimverhandlungen,
- Konzernlobbyismus z.B. per sog. Regulatorischer Kooperation. Diese sieht einen gemeinsamen Regulierungsrat vor, in dem Standards und Normen gegenseitig anerkannt oder einander angepasst werden, um nichttarifäre Handelshemmnisse zu beseitigen, was regelmäßig im Ergebnis die Absenkung von Umweltschutz-, Verbraucherschutz-, und Arbeitsrechtsstandards zur Folge hat. Gegenseitige Anerkennung von Standards führt zu einem **U n t e r b i e t u n g s w e t t l a u f**. Dieser Rat kommentiert und beeinflusst - dirigiert durch an Gewinnmaximierung orientiertem Konzernlobbyismus - die künftige Gesetzgebung, **b e v o r (!)** das Europäische Parlament oder das entsprechende Verfassungsorgan des Freihandelspartners diese Gesetzgebung **ü b e r h a u p t g e s t a l t e n** können.

Zusätzlich wird ein **Gemeinsamer Ausschuss** gebildet. Dieser hat u.a. das Recht, den Vertragsparteien Ergänzungen **n a c h (!)** dem Inkrafttreten des Abkommens vorzuschlagen, sowie in bestimmten Regelungsmaterien durch Änderungen, Ergänzungen und Neuinterpretationen von Vertragsbestandteilen **a n s t e l l e (!)** der Vertragsparteien entscheiden zu dürfen. Dies alles entbehrt einer ausreichenden **d e m o k r a t i s c h e n** Rückbindung wegen mangelhafter Parlamentsbeteiligung und ist daher abzulehnen.

- Stillstands- und Sperrklinkenklauseln: Einmal privatisierte Betriebe können nicht in die öffentliche Hand zurückgeführt werden! Gefährdung der öffentlichen Wasserversorgung!
Z.B. in JEFTA ist nicht festgehalten, das Wasser keine Ware ist!

Und - was oft vergessen wird - diese Freihandelsabkommen zwischen den wirtschaftlich hoch entwickelten/hochindustrialisierten Freihandelspartnern EU - Kanada / Japan / USA / (sehr bedingt MERCOSUR) setzen mit markttextremistischem Kapitalismus (Neoliberalismus) auch die Staaten unter Druck, welche formell an diesen Handelsabkommen überhaupt nicht teilnehmen - wie z.B. Malaysia und Indonesien (dort findet illegales, global umweltschädliches Abholzen von Wäldern statt!). Länder der Dritten Welt haben beim Handel mit den Spitzenwirtschaftsmächten EU / Japan / Kanada / USA ohnehin die weit schwächere Verhandlungsposition und damit nur ungenügende Möglichkeiten zu wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstand. Insbesondere die sog. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit Afrika sind weiterhin derart ausgestaltet, dass sie eine wirtschaftliche Gesundung des Schwarzen Kontinents verhindern - allen EU Sonntagsreden zum Trotz!

Die neueste Entwicklung - Energiecharta-Verträge

Der Energiekonzern RWE führt eine Schadensersatzklage gegen den niederländischen Kohleausstieg. Eine weitere Klage ist auf dem Weg. Uniper, ebenfalls Energiekonzern, will Klage vor dem Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington einreichen. Beide Konzerne berufen sich auf den Energiecharta-Vertrag. Dieser ermöglicht Energiekonzernen, Staaten wegen demokratisch gefasster Entscheidungen vor privaten Schiedsgerichten auf horrenden Summen Schadensersatz zu verklagen: zum Beispiel, wenn sie aus Kohle- oder Atomkraft aussteigen wollen. Solche Verträge sind, abgesehen davon, dass sie absolut neo-liberale Zwangswerkzeuge darstellen - Klimakiller-Verträge/tragen massiv zum Klimawandel bei!

Seit dem 01.12.2022 gibt es eine vordergründig gute Nachricht. Deutschland und weitere Mitgliedsländer der Europäischen Union haben ihren Ausstieg aus dem Energiecharta-Vertrag erklärt. Die Bundesregierung sieht nunmehr in Energiecharta-Verträgen „ein Hindernis für die Energiewende“. Doch auf das „Kleingedruckte“ kommt es an. Die Ausstiegsfrist aus der Energiecharta beträgt 20 Jahre. Für den Zeitraum, der für die Einhaltung der Klimaschutzziele entscheidend ist, werden die Klagemöglichkeiten der Konzerne also Dank des nunmehrigen deutschen CETA-Einstiegs (01.12.2022) deutlich ausgeweitet, während die alten Schiedsgerichte erhalten bleiben. Der verkündete Austritt aus der Energiecharta ist daher sehr deutlich mehr eine „Beruhigungsspielle“ als eine wirksame Energie- und Klimaerleichterung.

Dazu muss erkannt werden: Der Deutsche Bundestag hat am 01.12.2022 dem Freihandelsabkommen CETA zwischen der EU und Kanada zugestimmt. Der Grund für die Zustimmung lag entscheidend darin begründet, dass man es angeblich geschafft habe „missbrauchsanfällige“ Standards beim sogenannten 'Investitionsschutz für Konzerne' zu reformieren. Missbräuchliche Klagen von Konzernen gegen Klimaschutz und Nachhaltigkeit würden damit vermieden. Auf den Weg gebracht wurde eine „Interpretationserklärung“ eines gemeinsamen CETA-Ausschusses. Am CETA-Vertragswerk selbst wurde nichts geändert! Die Parlamentarier, welche dem Freihandelsabkommen aufgrund der „Interpretationserklärung“ nunmehr zugestimmt haben, reden sich das Freihandelsabkommen schön. Denn trotz dieser „Interpretationserklärung“ gibt es weiterhin Sonderrechte für internationale Konzerne, die demokratisch völlig unzureichend legitimiert sind und weiterhin eine existenzielle Gefahr für einen wirkungsvollen Klima-/Umweltschutz darstellen. Auch die gravierenden Nachteile für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, z. B. durch massive Ausbeutung, und für die

Verbraucherinnen und Verbraucher (durch nicht ausreichende Qualitätsstandards) sind natürlich nicht beseitigt. Die völlige rechtliche Unzulänglichkeit der „Interpretationserklärung“ wird in zwei Rechtsgutachten nachgewiesen:

Verheyen und Franke, 2022 (im Auftrag des Umweltinstitut München e.V.) und Arcuri und Violi, 2022 (Zusammenfassung erstellt von PowerShift).

Landgrabbing

Insbesondere Agrarkonzerne sichern sich zunehmend wichtige Wasser- und Landrechte. Oftmals bieten korrupte Regierungen Flächen feil, welche als unverkauft und ungenutzt gelten. Doch in den wenigsten Fällen liegt das Land tatsächlich brach; meist wird es von mittellosen Familien zum Anbau von Nahrungsmitteln verwendet. Den Kleinbauern fehlt dann der Zugang zu Land und Wasser, um sich und ihre Familien zu versorgen. Ihr Grundrecht auf Nahrung wird verletzt. Insbesondere der Afrikanische Kontinent ist sehr wesentlich betroffen.

Natürlich sind auch dies Fluchtursachen!

Auch außerlandwirtschaftliche Investoren kaufen immer häufiger Ackerland auf und treiben damit die Kauf- und Pachtpreise für landwirtschaftliche Flächen in die Höhe. Äcker werden zum Spekulationsobjekt.

Landgrabbing ist auch innerhalb der EU längst in vollem Gange. Hier ist Landgrabbing besonders auf die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten konzentriert. Die EU hat strukturelle Veränderungen in Europa durchgesetzt, die zu einer Landkonzentration in wenigen Händen führen, nach dem Vorbild von Ländern wie Frankreich, Deutschland oder den Niederlanden. Die EU-Kommission bzw. die EU-Behörden schützen sehr akkurat den „freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital“. Dieser „freie Verkehr“ soll von keinerlei lokaler Kontrolle und Protektionismus gestört werden.

Bei den Landerwerbern darf es keine Anforderungen zu Wohnsitz und Ortsansässigkeit der Erwerber, ihren landwirtschaftlichen Qualifikationen und keine Diskriminierung juristischer gegenüber natürlichen Personen geben! Gerade der Wechsel der Eigentümerstruktur, von natürlichen Personen, namentlich Bauern und deren Familien, zu juristischen Personen wie GmbH's, Aktiengesellschaften, internationalen Holdings - ist die fundamentale Veränderung der politischen Ökonomie der Landwirtschaft in Europa. Diese Landwirtschaft wird jetzt kontrolliert von Verwaltern und Aktionären. Das Interesse der Anteilseigner gibt den Ausschlag darüber wie das Land bewirtschaftet wird. Dieses Interesse heißt weitestgehend: Profit, Profit, Profit! Die neoliberale Autonomie ist eine Autonomie der sozial mächtigen Klassen der Gesellschaft. Diese sozial mächtigen Klassen sind jedoch gemessen an der Gesamtbevölkerung in Deutschland, der EU und global unzweifelhaft die Minderheit. Sie bilden also eine kleine Gruppe, die politisch herrscht. Das ist jedoch **O l i g a r c h i e** - nicht Demokratie! Mindestens wird die Demokratie dadurch massiv entwertet.

E) Muss der Ziel-Zustand (unter C) des letzte Wort sein?

Kann es hinter dem Horizont des Ziel-Zustandes inhaltlich noch weiter gehen?

geschehen ist -

„Alle aber, die gläubig geworden waren, waren beieinander und hatten alle Dinge gemeinsam. Sie verkauften Güter und Habe und teilten sie aus unter alle, je nachdem es einer nötig hatte. (Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 2, 44-45)

„Die Menge der Gläubigen aber war ein Herz und eine Seele; auch nicht einer sagte von seinen

Gütern, dass sie sein wären, sondern es war ihnen alles gemeinsam.“

„Es war auch keiner unter ihnen, der Mangel hatte; denn wer von ihnen Äcker oder Häuser besaß, verkaufte sie und brachte das Geld für das Verkaufte und legte es den Aposteln zu Füßen; und man gab einem jeden, was er nötig hatte.“

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 4, 32 / 4, 34-35)

(Lutherbibel, 1999)

„Alle, die zum Glauben gekommen waren, taten ihren ganzen Besitz zusammen. Wenn sie etwas brauchten, verkauften sie Grundstücke und Wertgegenstände und verteilten den Erlös unter die Bedürftigen in der Gemeinde.

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 2, 44-45)

„Die ganze Gemeinde war ein Herz und eine Seele. Wenn einer Vermögen hatte, betrachtete er es nicht als persönliches, sondern als gemeinsames Eigentum.“

„Niemand aus der Gemeinde brauchte Not zu leiden. Sooft es an etwas fehlte, verkaufte irgendeiner sein Grundstück oder sein Haus und brachte den Erlös zu den Aposteln. Jeder bekam davon so viel, wie er nötig hatte.“

(Zweites Testament, Apostelgeschichte des Lukas 4, 32 / 4, 34-35)

(Die Gute Nachricht Die Bibel in heutigem Deutsch, 1983)

gedacht wurde -

„In einer höheren Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch ihre Produktivkräfte gewachsen und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen – erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahne schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

(Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms Randglossen zum Programm der deutschen Arbeiterpartei, 1875.)

Teil 2

Ökokapitalismus versus Ökosozialismus

- Über die Sinnhaftigkeit von Ökokapitalismus und die signifikanten Unterschiede zwischen Ökokapitalismus und Ökosozialismus. -

Gegenwärtig ist weltweit eine Doppelkrise gegeben, bestehend aus der Krise der Sozialen Gerechtigkeit und der Ökologischen Krise. Diese Krisen dürfen nicht getrennt wahrgenommen werden, sondern müssen zusammen gedacht und gelöst werden, weil sie auf fatale Weise miteinander ver- schränkt sind. Sogar in den fortgeschrittenen Industrieländern besteht insgesamt eine große und wachsende Spaltung der Gesellschaft u.a. durch immense Arbeitslosigkeit bzw. unsichere und schlecht bezahlte Arbeit. Das kapitalistische System setzt zur Bewältigung von sozialen und ökonomischen Krisen auf wirtschaftliches Wachstum. Wirtschaftliches Wachstum ist aber nicht länger ohne weitere Umweltschäden/-zerstörung zu erzielen. Der Ressourcenverbrauch der Menschheit liegt schon jetzt weit über dem, was das Ökosystem des Planeten verkraften kann. Wir sind in einem Teufelskreis. Wie Können wir diesem Teufelskreis entrinnen? Zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs setzt der Ökokapitalismus auf ökologisch attraktive Produkte / Waren. Ökologisch attraktive Produkte / Waren sind selbstverständlich an sich sinnvoll.

Aber sie können nur eine *s i n g u l ä r e* Öko-Effizienz zur Reduzierung des Ressourcenverbrauchs und damit der Umweltschädigung hervorbringen - aber keine *s y s t e m a t i s c h e* Öko-Effizienz.

Ökologischer („grüner“) Kapitalismus kann verbrauchsarme Autos herstellen, aber keine effizienten Verkehrssysteme. Er kann Öko-Häuser bauen, aber keine ökologisch sinnvollen Siedlungsstrukturen schaffen. Er kann effiziente Heizungen und Elektrogeräte zur Verfügung stellen, aber keine nachhaltigen Energiesysteme; Bio-Lebensmittel, aber keine Bioagrarsysteme. (Die Beispiele sind entnommen aus „Rotes Grün“ von Dr. Hans Thie - siehe unten.)

Große ökologische Effekte sind aber nur dann zu erzielen, wenn man nicht nur auf einzelne grüne Produkte/Waren, sondern auch und vor allem auf *ö k o l o g i s c h e* („grüne“) *S y s t e m e / S t r u k t u r e n* setzt. Ökologische *S y s t e m e / S t r u k t u r e n* können jedoch nicht aus der kapitalistischen Wirtschaftsweise 'kreiert' werden, weil sich innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems die systemimmanente Konkurrenz der Produkthanbieter und der Wachstumszwang betreffend die Produktion nicht aufheben lassen. Das Konkurrenzprinzip befeuert den Wachstumszwang. Unabdingbar hinzu kommt, dass ökologische Systeme/Strukturen nur aus demokratischen, politischen, gesellschaftspolitischen Entwicklungs- und Entscheidungsprozessen der Menschen hervorgehen dürfen. Diese Prozesse dürfen nicht der „unsichtbaren Hand“ des Marktes anheimfallen bzw. durch eine „marktkonforme Demokratie“ völlig entwertet werden!

Die lediglich singuläre Öko-Effizienz ist auch unter dem Gesichtspunkt der sog. Bumerang- oder Rebound-Effekte nicht als hinreichende Problemlösung für die Ökologische Krise anzusehen. Rebound bedeutet für den Konsum: Die in der Wohnung eingesparte Kilowattstunde entlastet das Einkommen und landet als Umsatzplus im „Mediamarkt“ oder im „EasyJet“-Billigflieger. Rebound bedeutet für die Produktion: Der verminderte Rohstoffverbrauch des Unternehmens senkt die Kosten und stärkt die Fähigkeit, in neue Produktlinien zu investieren (für Produkte, deren „Bedarf“ erst neu durch Werbung „erschaffen“ wurde). So steigert jeder Effizienzgewinn an der einen Stelle den Verbrauch / Ressourcenverzehr an einer anderen. Ganz allgemein: Wenn der Stromverbrauch jedes einzelnen Elektrogerätes sinkt, aber die Zahl der Geräte rapide ansteigt, ist nichts gewonnen. 2)

F a z i t:

Reine Einzeleffizienzstrategien, die den Verbrauch in Relation zur Wertschöpfung senken sollen, reichen nicht, um die Inanspruchnahme der Natur schnell, dauerhaft und absolut zu senken! Ökologischer („grüner“) Kapitalismus ist systemisch letztlich ungeeignet die Ökologische Krise zu meistern, weil er keinen 'g e s e l l s c h a f t l i c h e n S i n n' erzeugen kann.

Hans Thie

Der Ökonom und Soziologe Dr. Hans Thie (Rotes Grün - Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, 2013) - Rosa Luxemburg Stiftung - trifft eine Aussage 'in Prosa': „Grüner Kapitalismus ist kompatibel mit den Mächtigen, sorgt für das Flair ökologischer Modernität. Aber er ist keine Antwort, wenn es um fundamentale Zukunftsfragen geht. Wer Ökologie für alle will muss die Wirtschaftsordnung ändern.“

Papst Franziskus

Fast Poesie - aber in der Sache nicht weniger deutlich ist der nachfolgende Text: „Die ökologische Kultur kann nicht reduziert werden auf eine Serie von dringenden Teilantworten auf die Probleme, die bezüglich der Umweltschäden, der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und der Verschmutzung auftreten. Es müsste einen anderen Blick geben, ein Denken, eine Politik, ein Erziehungsprogramm, einen Lebensstil und eine Spiritualität, die einen Widerstand gegen den Vormarsch des technokratischen Paradigmas bilden. Andernfalls können auch die besten ökologischen Initiativen schließlich in derselben globalisierten Logik stecken bleiben. Einfach nur eine technische Lösung für jedes auftretende Umweltproblem zu suchen bedeutet, Dinge zu isolieren, die in der Wirklichkeit miteinander verknüpft sind, und die wahren und tiefsten Probleme des weltweiten

Systems zu verbergen.“ Laudato si 111 .

Franziskus argumentiert (predigt) weiter in Laudato si 112:

„Es ist jedoch möglich, den Blick wieder zu weiten. Die menschliche Freiheit ist in der Lage, die Technik zu beschränken, sie zu lenken und in den Dienst einer anderen Art des Fortschritts zu stellen, der gesünder, menschlicher, sozialer und ganzheitlicher ist. Die Befreiung vom herrschenden technischen Paradigma geschieht tatsächlich in manchen Situationen, zum Beispiel wenn Gemeinschaften von Kleinproduzenten sich für weniger verschmutzende Produktionssysteme entscheiden und dabei ein Modell des Lebens, des Wohlbefindens und des nicht konsumorientierten Miteinanders vertreten; oder wenn die Technik sich vorrangig darauf ausrichtet, die konkreten Probleme der anderen zu lösen, in dem Wunsch, ihnen zu helfen, in größerer Würde und in weniger Leid zu leben; (...).“

Alberto Acosta

Die strikten Anforderungen des Ökosozialismus an UNS ALLE sind damit jedoch noch nicht beendet! Alberto Acosta, ehemaliger Präsident der verfassungsgebenden Versammlung Ecuadors, stellt fest (Buen Vivir Vom Recht auf ein gutes Leben, 2015):

„Es ist zum Beispiel ein Fehler zu glauben, dass die globalen Umweltprobleme mit marktwirtschaftlichen Instrumenten gelöst werden können. Ein Fehler, der uns noch teuer zu stehen kommen kann. Es hat sich gezeigt, dass (bisher noch nicht ausreichende) Normen und Regulierungen wirksamer sind als Angebot und Nachfrage, die „selbstregulativen Gesetze“ der kapitalistischen Welt. (...) Die Postmoderne, eine Zeit der Ernüchterung, muss überwunden werden. Es kann nicht weiterhin das zerstörerische Entwicklungsmodell herrschen, dessen Paradigma endloses Wirtschaftswachstum ist. Das Konzept des Fortschritts als ständige Akkumulation materieller Güter muss demzufolge überwunden werden. (...) Außerdem wissen wir inzwischen, dass die „Entwicklung“ als Neuauflage der Lebensstile der zentralen Länder auf globaler Ebene nicht wiederholt werden darf. Ein derart Konsum geprägter und auf Raubbau angelegter Lebensstil gefährdet das globale ökologische Gleichgewicht und schließt immer größere Menschenmengen von den (angeblichen) Vorteilen der ersehnten Entwicklung aus. Dem ganzen technischen Fortschritt zum Trotz ist nicht einmal der Hunger auf der Welt besiegt.“

Jean Ziegler

Der Soziologe Jean Ziegler schreibt (Ändere die Welt!, 2015):

„Wie steht es mit dem Kampf gegen den Hunger? Er lässt nach. Im Jahr 2001 starb alle sieben Sekunden ein Kind unter zehn Jahren an Hunger. Im selben Jahr wurden 826 Millionen Menschen durch die Folgen von schwerer, chronischer Unterernährung zu Invaliden. Heute sind es 841 Millionen (Bericht 2013).“ Die Welthungerhilfe erklärt im Oktober 2021: „Die Welt ist bei der Hungerbekämpfung vom Kurs abgekommen und entfernt sich immer weiter vom verbindlichen Ziel, den Hunger bis 2030 zu besiegen. Bereits die letzten UN-Berichte haben deutlich gewarnt, da die Zahl der Hungernden und Armen seit einigen Jahren wieder ansteigt. Weltweit hungern etwa 811 Millionen Menschen und 41 Millionen leben am Rande einer Hungersnot. Besonders dramatisch ist die Lage in Somalia, Jemen, Afghanistan, Madagaskar und dem Südsudan. Der neue Welthunger-Index untersucht die Ernährungslage in 128 Ländern und bestätigt die deutlichen Rückschritte bei der Hungerbekämpfung. 47 Länder werden bis 2030 noch nicht einmal ein niedriges Hungerniveau erreichen, 28 davon liegen in Afrika südlich der Sahara.“

„Unsere Befürchtungen im letzten Jahr haben sich leider bestätigt. Hungersnöte sind zurück und multiple Krisen lassen die Zahl der Hungernden immer weiter steigen. Die Corona-Pandemie hat die angespannte Ernährungslage in vielen Ländern des Südens noch einmal verschärft und Millionen Familien haben ihre Existenzgrundlage verloren. Die größten Hungertreiber bleiben aber Konflikte und der Klimawandel. Die Ärmsten und Schwächsten werden von den Folgen des Klimawandels besonders hart getroffen, obwohl sie am wenigsten dazu beitragen. Die Klimakrise ist eine Frage der Gerechtigkeit. Daher brauchen wir auf der anstehenden Klimakonferenz im

November in Glasgow klare und verbindliche Ziele für die Reduzierung des CO₂ Ausstoß sowie finanzielle Unterstützung für die Förderung von Klimaresilienz“, fordert Marlehn Thieme, Präsidentin der Welthungerhilfe.

Mehr als die Hälfte aller unterernährten Menschen lebt in Ländern, die von Gewalt, Konflikt und Fragilität geprägt sind. Wo Krieg herrscht, werden Ernten, Felder und wichtige Infrastruktur zerstört. Die Menschen verlassen ihre Dörfer aus Angst vor Kämpfen und Übergriffen und sind auf humanitäre Hilfe zum Überleben angewiesen. Wo Hunger und Armut herrschen, nehmen aber auch Konflikte zu. Wir brauchen tragfähige politische Konfliktlösungen und eine Stärkung des Rechts auf Nahrung.“ (Quelle: Welthungerhilfe, Pressemitteilung vom 14. Oktober 2021, Bonn/Berlin - Welthungerhilfe stellt Welthunger-Index 2021 vor -)

Laut Pressemitteilung der Welthungerhilfe vom 12. Juli 2022 sind bis zu 828 Millionen Menschen nach aktuellen UN-Berichten chronisch unterernährt.

Bei aller Wertschätzung für die Arbeit der Welthungerhilfe - die Feststellung: „Hungersnöte sind zurück“ - wirkt beschönigend. Fakt ist, im Weltmaßstab gesehen waren die Hungersnöte jedenfalls seit dem Beginn der neoliberalen Revolution - gemeint ist die Periode ab dem '11. September 1973' - nie weg.

John Bellamy Foster und Fred Magdoff

Die US-amerikanischen Ökosozialisten, Prof. John Bellamy Foster und Prof. Fred Magdoff führen aus (Was jeder Umweltschützer über den Kapitalismus wissen muss, 2012): „Da das kapitalistische System (...) „den Göttern des Profits und der Produktion“ huldigt, statt auf reale Bedürfnisse einzugehen, ist es nicht in der Lage, alle Menschen mit dem Notwendigsten für ein anständiges Leben zu versorgen, in manchen Fällen nicht einmal mit dem Leben selbst. (...) Es ist eine verkehrte Welt: Abstrakte Werte werden über menschliche Wesen gestellt und zum Maßstab dessen gemacht, was als wichtig und produktiv gilt - nicht aber die lebendigen, kreativen Kräfte von Natur und Menschlichkeit. Daraus folgt, dass die verschiedenen Wege zur „Reformierung“ des Kapitalismus, unterstützt von oftmals wohlmeinenden, praktisch denkenden Leuten, die innerhalb der Parameter des im System Zulässigen Dinge verändern möchten, wenig mehr sind als intellektuelle Verrenkungen: Die Leute versuchen, grundlegende Eigenschaften des Systems zu umgehen oder auszubügeln, weil eine wirkliche Alternative aus ihrer Sicht undenkbar ist. In dieser „Umkehrung dessen, was real ist“, (...) , wird der Kapitalismus als wirklicher betrachtet als die Umwelt; und so ist es der Kapitalismus, der im Kontext der Umweltkrise gerettet werden muss, im Gegensatz zur globalen Umwelt selbst. (...) Der Kulturtheoretiker Frederic Jameson hat es einmal so formuliert: Für viele Menschen in dieser Gesellschaft „ist es leichter, sich das Ende der Welt vorzustellen als das Ende des Kapitalismus“. Gerade heraus (mit schonungslosem Realismus) wird im Buch von Foster/Magdoff formuliert: „„Grüner Kapitalismus“ bietet keinen Ausweg aus einem System, das exponentiell wachsen und in dem der Verbrauch an natürlichen Ressourcen, die chemische Verschmutzung, die Menge an verseuchtem Klärschlamm, Müll und vieler anderer giftiger Substanzen weiter zunehmen muss - sogar wenn die Produkte mit äußerster ökologischer Sorgfalt hergestellt und für eine mühelose Wiederverwendung entwickelt werden. Einige dieser Reparaturen werden wahrscheinlich die Geschwindigkeit der Umweltzerstörung abbremsen, aber das Ausmaß der notwendigen Veränderungen lässt all diese Methoden wie ein Tropfen auf den heißen Stein erscheinen.“

Das Problem bei all diesen Ansätzen ist, dass sie es der Wirtschaft gestatten, denselben katastrophalen Kurs fortzusetzen, dem sie gegenwärtig folgen. Die Wirtschaft kann weiter wachsen und wir können weiterhin alles konsumieren was wir möchten (jedenfalls so viel uns Einkommen und Besitz erlauben) - wir können in unseren effizienteren Autos größere Entfernungen zurücklegen, in sehr großen, aber gut isolierten Häusern wohnen, alle erdenklichen von grünen Firmen hergestellten neuen Produkte konsumieren und so weiter. Wir brauchen nur die neuen grünen Technologien zu unterstützen (...) und wir können ziemlich genau wie zuvor weiterleben, in einer Wirtschaft des immerwährenden Wachstums und der Profite.“

Aber genau das ist die sehr gefährliche Illusion des Ökokapitalismus - auch bei allem notwendigen und sinnvollen Einsatz „grüner Technik“!

Foster/Magdoff argumentieren konsequent weiter: „Was reduziert werden muss, ist nicht nur der CO₂-Fußabdruck, sondern der ökologische Fußabdruck. Das bedeutet, dass die wirtschaftliche Expansion weltweit und insbesondere in den reichen Ländern reduziert oder sogar gestoppt werden muss. Gleichzeitig muss in vielen armen Ländern die Wirtschaft expandieren, was einen noch größeren Schnitt bei den ökologischen Fußabdrücken reicher Ökonomien erfordert, um der Entwicklung an der Peripherie Raum zu lassen.

Die neuen Prinzipien, die wir unter diesen Umständen unterstützen sollten, sind diejenigen einer nachhaltigen menschlichen Entwicklung. Das bedeutet: genug für jeden und mehr nicht. Menschliche Entwicklung würde sicherlich nicht behindert und könnte sogar durch den Schwerpunkt auf der nachhaltigen menschlichen anstatt auf der nicht nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung beträchtlich zum Wohle aller verbessert werden.“

Saral Sarkar und Bruno Kern

Der in Indien geborene und in Köln lebende Ökosozialist Saral Sarkar, Mitbegründer der Initiative Ökosozialismus (mit Bruno Kern), stellt den Begriff der 'Zangengriffkrise' vor (Saral Sarkar, Die Krisen des Kapitalismus - Eine andere Studie der politischen Ökonomie, 2010). In die Thematik einfürend vertritt er die These: „Aber letzten Endes müssen die Gesellschaften ökosozialistische werden, wenn sie nicht in Barbarei versinken wollen. Jedoch wird in keinem Land die Gesellschaft ökosozialistisch werden, wenn nicht eine Mehrheit der Bevölkerung das will.“ Sarkar setzt zur Vermeidung der Barbarei letztlich zwingend die ökosozialistische Gesellschaft voraus - sieht deren Einsetzung gleichwohl nur unter demokratischen Verhältnissen als realisierbar an. Um zum für ihn zentralen Begriff der 'Zangengriffkrise' zu gelangen, spricht er kurz die 'inneren Widersprüche des Systems' an, die auch als „innere Schranke“ des Kapitalismus bezeichnet werden:

„Im (...) habe ich darüber referiert, warum Marx und die Marxisten eine unüberwindliche Krise und dann den Zusammenbruch bzw. die Abschaffung des Kapitalismus durch das Proletariat erwarteten. Sie erwarteten all das von den inneren Widersprüchen des Systems. Der Kapitalismus konnte aber alle solche Widersprüche aufheben, brach nicht zusammen, wurde nicht abgeschafft, weil er alle seine Gegner mittels keynesianischer Wirtschaftspolitik, des Sozialstaats, der Sozialdemokratischen Parteien und der Gewerkschaften befrieden konnte. Aber er konnte das, weil die Gaben der Natur, vor allem die Quellen der fossilen Energieträger, üppig flossen.“ Jetzt aber „befindet sich die Welt in einem Zangengriff, ist gefangen zwischen der Gefahr von Klimakatastrophen und der Gefahr der Erschöpfung der fossilen Energieträger, besonders des Öls.“ Sarkar weiter: „Die (...) Zangengriffkrise hat aber wenig zu tun mit den inneren Widersprüchen des Systems. Ihre Ursache liegt in den Naturgesetzen, außerhalb der Kontrolle des Systems. Es sieht nicht so aus, dass der Kapitalismus diese Krise überleben können.“

Der Theologe und Ökosozialist Bruno Kern formuliert es 2012 so: „Nun aber steht der Kapitalismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke, die ihm „von außen“ gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: vor den Grenzen des Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangengriffkrise“ kann er nicht entrinnen.“ (Bruno Kern, Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen, Mainz, 7. Mai 2012) (Vgl. - inhaltlich ausführlicher - unten *Teil 3 (Stellungnahme 2.)*)

Unabhängig davon, dass Sarkar den Zusammenbruch des Kapitalismus wegen seiner inneren Widersprüche (Zusammenbruchstheorie/„innere Schranke“) nicht feststellt, erklärt er doch unumstößlich und unzweifelhaft, dass die Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems „wegen der inneren Logik des Systems - Konkurrenz, Profitmotiv, Wachstumszwang usw. - nicht im Rahmen des Kapitalismus überwunden werden können. Die bevorstehende, unvermeidliche, weltweite und lang anhaltende Schrumpfung der Wirtschaften kann nur dann friedlich bewältigt werden, wenn

die Menschheit bereit ist, sich vom Kapitalismus zu verabschieden und, parallel zu dem Schrumpfungprozess, eine neu konzipierte sozialistische Gesellschaft aufzubauen.“

Final zeigt sich Saral Sarkar überzeugt: „Denn jede Entwicklung (...) der Produktivkräfte, Weiterentwicklung der Automation zum Beispiel, würde, wenn sie auch verbreitet angewendet würde, unweigerlich mehr Ressourcenverbrauch und damit mehr Umweltzerstörung nach sich ziehen. Das aber ist etwas, was sich die Menschheit nicht mehr erlauben darf.“ 1), 2) und 3)

Papst Franziskus

Hören wir erneut Papst Franziskus in *Laudato si* 193: „Wenn in einigen Fällen die nachhaltige Entwicklung neue Formen des Wachstums mit sich bringen wird, muss man immerhin in anderen Fällen angesichts des unersättlichen und unverantwortlichen Wachstums, das jahrzehntelang stattgefunden hat, auch daran denken, die Gangart ein wenig zu verlangsamen, in dem man einige vernünftige Grenzen setzt und sogar umkehrt, bevor es zu spät ist. Wir wissen, dass das Verhalten derer, die mehr und mehr konsumieren und zerstören, während andere noch nicht entsprechend ihrer Menschenwürde leben können, unvertretbar ist. Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann.“

Klaus Engert

Der Mediziner, Chirurg und Ökosozialist Klaus Engert (*Ökosozialismus - das geht!*, 2010) referiert die „innere Schranke“ der kapitalistischen Wirtschaftsweise (ohne diese zu verwerfen) wie folgt: „Im Kapitalismus werden keine Gebrauchswerte erzeugt, sondern Waren, die auf einem inzwischen weltweit ausgedehnten Markt verkauft werden. Für deren Produktion setzt der Einzelunternehmer sein Kapital ein, das er, vermehrt um seinen Profit, wieder hereinbringen muss. Aber Geld kann man nicht essen und nicht trinken, es ist nur von „Wert“, wenn es wieder in den Kreislauf zurückgeführt wird - also reinvestiert wird. Die Masse des verfügbaren Kapitals wächst und wächst, bis für die erzeugte Gütermenge die Nachfrage nicht mehr ausreicht. Das ist dann der Punkt, an dem die dem Kapitalismus inhärenten Krisen ausbrechen. Das Angebot übersteigt die Nachfrage und damit ist ein Teil des investierten Kapitals wertlos, es kann sich nicht mehr „verwerten“, da die Profitrate unter das für die Fortführung der Treitmühle notwendige Maß sinkt.“ Gleichwohl ist auch für Engert die „äußere Schranke“ des Kapitalismus als Ausdruck der finalen Erschöpfung der Natur/Umwelt - des Planeten - durch die kapitalistische Industriegesellschaft die letztlich entscheidende Schranke.

Hinsichtlich der „inneren Schranke“ des Kapitalismus sind in der Darlegung von Engert durchaus Parallelen mit der Argumentation von Robert Kurz (*Schwarzbuch Kapitalismus*, 1999) festzustellen. Robert Kurz sieht die Dritte Industrielle Revolution als Ausgangsdatum einer permanenten Überproduktionskrise 4) : die massenhaft hergestellten Waren können zu einem erheblichen Teil nicht abgesetzt werden, damit würden sie selbst und die Kapitalien, die für ihre Herstellung eingesetzt wurden, entwertet. Indizien dafür seien unter anderem die Börsenkräche.

Georg Fülberth

Georg Fülberth (*G Strich Kleine Geschichte des Kapitalismus*, 2008) sieht in der Argumentation von Robert Kurz einen weiteren Versuch, ein kurz bevorstehendes Ende des Kapitalismus zu belegen. Fülberth reagiert wie folgt auf Kurz: „Allerdings kann Kurz nicht belegen, weshalb Kapitalzerstörung zugleich Zerstörung der kapitalistischen Produktionsweise sein soll. (...) Alle Zusammenbruchstheorien haben sich bisher als irrig erwiesen. Sie verwechselten den Übergang von einer Form des Kapitalismus in eine andere mit der Endkrise. Für die Annahme, der Kapitalismus werde sich ökonomisch selbst zerstören, gibt es keinen Anhalt. Als „Betriebsweise“ ist er offenbar sehr robust.“

Ob der Kapitalismus an seiner „inneren Schranke“ (Zusammenbruchstheorie) scheitert oder an seiner „äußeren Schranke“ (Zangengriffkrise) kann an dieser Stelle offen bleiben. Zweifelsfrei ist jedenfalls, dass wir nicht warten können und dürfen, bis der Kapitalismus seine innere oder äußere Schranke erreicht hat. Bis er an die eine oder andere kommt, hat er schon viel zu viel

Verheerungen angerichtet, die weder hinnehmbar sind noch reparabel sind - jedenfalls zu sehr weiten Teilen. Die Menschen müssen daher vorher, bevor der Untergang auf die eine oder andere Weise kommt, politisch und gesellschaftspolitisch eingreifen und den Kapitalismus stoppen - oder (zumindest) ggf. (übergangsweise?) eine Art 'gemischter sozialistischer Wirtschaft' akzeptieren!?

David Harvey

Die Notwendigkeit/Erforderlichkeit der Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems als Zielerreichung ist schon deshalb gegeben, weil unstreitig ist, „dass ein ethischer und sozial gerechter Kapitalismus ohne Ausbeutung und zum Wohle aller ein Ding der Unmöglichkeit ist. Er würde dem widersprechen, was das eigentliche Wesen des Kapitals ausmacht.“ (David Harvey, Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln) Für einen ökologischen („grünen“) Kapitalismus kann nichts anderes gelten, denn auch ein solcher ist Kapitalismus.

Lassen wir uns zum Schluss von zwei weisen Menschen ins Gewissen reden.

Papst Franziskus

„Es gibt noch andere schwache und schutzlose Wesen, die wirtschaftlichen Interessen oder einer wahllosen Ausnutzung auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Ich beziehe mich auf die Gesamtheit der Schöpfung. Wir sind als Menschen nicht bloß Nutznießer, sondern Hüter der anderen Geschöpfe. Durch unsere Leiblichkeit hat Gott uns so eng mit der Welt, die uns umgibt, verbunden, dass die Desertifikation des Bodens so etwas wie eine Krankheit für jeden Einzelnen ist, und wir können das Aussterben einer Art beklagen, als wäre es eine Verstümmelung. Lassen wir nicht zu, dass an unserem Weg Zeichen der Zerstörung und des Todes zurückbleiben, die unserem Leben und dem der kommenden Generationen schaden. (...) Gott wollte diese Erde für uns, seine besonderen Geschöpfe, aber nicht, damit wir sie zerstören und in eine Wüstenlandschaft verwandeln könnten (...).“ Papst Franziskus (Evangelii gaudium Die Freude des Evangeliums 215, Verlag Herder, 2013)

Stéphane Hessel

„Das im Westen herrschende materialistische Maximierungsdenken hat die Welt in eine Krise gestürzt, aus der wir uns befreien müssen. Wir müssen radikal mit dem Rausch des „Immer noch mehr“ brechen, in dem die Finanzwelt, aber auch Wissenschaft und Technik die Flucht nach vorne angetreten haben. Es ist höchste Zeit, dass Ethik, Gerechtigkeit, nachhaltiges Gleichgewicht unsere Anliegen werden. Denn es drohen uns schwerste Gefahren, die dem Abenteuer Mensch auf einem für uns unbewohnbar werdenden Planeten ein Ende setzen könnten.“ Stéphane Hessel (Empört Euch!, Ullstein, 2. Auflage 2011, S. 19, 20)

Teil 3

Die Umwelt - Enzyklika von Papst Franziskus *Laudato Si*

Im Folgenden wird schwerpunktmäßig aufgezeigt, wie äußerst positiv die Umweltzyklika von Papst Franziskus aufgenommen wurde. Und es gab auch harsche Kritik von interessierter Seite.

Stellungnahme 1. Dr. Franz Segbers „... **die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde**“.

(micha.links, Heft 2, 2015, S. 8 ff.)

Dr. Franz Segbers, altkatholischer Theologe und Sozialethiker, erklärt in „...die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde“: „Papst Franziskus hat mit seiner neuen Enzyklika „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ zu den sozialen und ökologischen Krisen ungeheure Aufmerksamkeit erregt. Er tritt auf als Anwalt des geschändeten Planeten und der Armen. Die renditegetriebene kapitalistische Wirtschaft und der exzessive Lebensstil der Reichen gefährden die Zukunft des Planeten. „Wir kommen jedoch heute nicht umhin anzuerkennen, dass ein wirklich

ökologischer Ansatz sich immer in einen sozialen Ansatz verwandelt, der die Gerechtigkeit in die Umweltdiskussion aufnehmen muss, um die Klage der Armen ebenso zu hören wie die Klage der Erde.“ (Laudato si 49) In seiner Enzyklika „Laudato si. Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ radikalisiert Papst Franziskus seine bisherige Kritik (=Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“ November 2013) an der herrschenden Wirtschaft und Zivilisation. Das Institut der deutschen Wirtschaft sieht in der Enzyklika allenfalls Impulse, die „eher Wachstumskritiker und Gegner der Marktwirtschaft erfreuen“. Für das politische Magazin Cicero ist das päpstliche Schreiben eine „antikapitalistische Kampfschrift“ und ein „Frontalangriff auf die Wirtschaftsweise des Westens“. Die Fronten sind klar. Und die aufgescheuchten Kritiker haben durchaus Recht. Denn die Enzyklika fordert in der Tat eine „mutige kulturelle Revolution“ (Laudato si 114), weil das „gegenwärtige weltweite System ... unhaltbar ist“ (Laudato si 61).

A u s g a n g s p u n k t: Soziale und ökologische Gerechtigkeit gehören zusammen. Zentrale Botschaft ist, dass die ökologischen Schäden auf die Produktions- und Lebensweise der Reichen zurückgehen und die Armen darunter zu leiden haben (vgl. u.a. Laudato si 48,93). „Wir wissen sehr wohl, dass es unmöglich ist, das gegenwärtige Konsumniveau der am meisten entwickelten Länder und der reichsten Gesellschaftsschichten aufrechtzuerhalten, wo die Gewohnheit, zu verbrauchen und wegzuwerfen, eine nie dagewesene Stufe erreicht hat. Es sind bereits gewisse Höchstgrenzen der Ausbeutung des Planeten überschritten worden, ohne dass wir das Problem der Armut gelöst haben (Laudato si 27). Dieser Produktions- und Lebensstil stellt eine „ökologische Schuld“ (Laudato si 50) dar, verursacht durch einen exzessiven Rohstoffabbau, der schwere Umweltschäden verursacht und mächtige Länder schieben ihre umweltschädigenden Abfälle und Industrien in andere Länder ab (Laudato si 173). Im renditegetriebenen Kapitalismus kann es im Dilemma zwischen Wirtschaftswachstum und Ökologie keinen „Fortschritt in einem Mittelweg“ (Laudato si 194) geben: „In diesem Zusammenhang sind die Mittelwege nur eine kleine Verzögerung des Zusammenbruchs. Es geht schlicht darum, den Fortschritt neu zu definieren“. In Abgrenzung von irrigen „Mittelwegen“ fordert die Enzyklika: „Darum ist die Stunde gekommen, in einigen Teilen der Welt eine gewisse Rezession zu akzeptieren und Hilfen zu geben, damit in anderen Teilen ein gesunder Aufschwung stattfinden kann“ (Laudato si 193). Der Papst fordert, dass die Hauptlasten einer ökologischen Transformation von den Industrieländern getragen werden müssen, denn „die armen Länder müssen notwendig der Ausrottung des Elends und der sozialen Entwicklung ihrer Bewohner den Vorrang einräumen“ (Laudato si 171).

Stellungnahme 2. Bruno Kern, Initiative Ökosozialismus **Der Sonnengesang des Franz von Assisi - Poverello**

(micha.links, Heft 2, 2015, S. 14 und S. 15 ff.)

Bruno Kern wendet sich in „LAUDATO SI Der Sonnengesang des Franz von Assisi - Poverello“ zunächst Franziskus von Assisi zu. Bruno Kern führt über Franziskus von Assisi aus: „Aus reichen Verhältnissen stammend, wurde er bettelarm, lebte mit seinen Gefährten von der Hand in den Mund, ging dahin, wo sonst niemand hinging: zu den Leprakranken außerhalb der Stadttore. Franziskus war darin keine singuläre Erscheinung, sondern vielmehr Teil einer sehr breiten Armutsbewegung, die sich im Kontrast zur sich entwickelnden Geldökonomie herausbildete.“ Bruno Kern gibt einen Hinweis auf den großen englischen Historiker Arnold Toynbee (1852 - 1883), der auch wegen seines sozialen Einsatzes für die Arbeiterklasse bekannt war. Toynbee über Franziskus von Assisi: „Um für die nächsten zweitausend Jahre eine bewohnbare Biosphäre zu erhalten, müssen wir und unsere Nachkommen das Beispiel des Pedro Bernardone (des Vaters des hl. Franziskus) - eines großen Stoffhändlers im 13. Jahrhundert, der nur sein eigenes Wohlergehen im Sinn hatte - v e r g e s s e n und stattdessen dem Vorbild seines Sohnes (...) nachzueifern beginnen. Das Beispiel, das uns der hl. Franziskus gegeben hat, ist es, das wir Abendländer aus ganzem Herzen nachahmen müssen, denn er ist der einzige Abendländer, der die E r d e retten kann.“ Nach

dieser Hinführung zu Franz von Assisi stellt Bruno Kern in „Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen“ Ausgangsbehauptungen auf und zur Diskussion. Nach meiner Ansicht decken sich diese Thesen nicht absolut mit den Leitgedanken der Umweltenzyklika von Papst Franziskus. Bedeutende inhaltliche (Teil)Schnittmengen zwischen den Thesen von Bruno Kern und Papst Franziskus dürfen jedoch konstatiert werden - vgl. jedenfalls Laudato si 193.

Die Thesen von Bruno Kern:

„Die Geschichte des Kapitalismus war immer schon die Geschichte seiner Krisen. Es liegt in seiner selbstwidersprüchlichen Natur, dass er aus sich heraus Krisen gebiert und seine eigenen Verwertungsbedingungen untergräbt. Der Kapitalismus hat sich bislang immer als flexibel genug erwiesen, dass diese Krisen - ungeachtet des hohen Preises, den Mensch und Natur zu zahlen hatten - nicht in seinen Untergang führten. Nun aber steht der Kapitalismus weltweit zum ersten Mal vor einer unüberwindlichen Schranke, die ihm „von außen“ gesetzt, geologisch-physikalischer Natur und deshalb endgültig ist: vor den Grenzen des Wachstums durch Erschöpfung der nicht erneuerbaren Ressourcen und durch die Erschöpfung der ökologischen Tragfähigkeit der Erde. Aus dieser „Zangengriffkrise“ kann er nicht enttrinnen. Die letzte Ursache der aktuellen Finanz-, Schulden- und Wirtschaftskrise ist eben dieses ans Ende gekommene Wachstum. Das Finanzsystem insgesamt ruht auf der Grundlage von steter Wachstumserwartung auf. Sobald sichtbar wird, dass diese Wachstumserwartung nicht mehr erfüllt werden kann, gerät es notgedrungen ins Wanken. Vor allem mit dem Schlagwort „Green New Deal“ wird heute die Ideologie verbreitet, das kapitalistische Wachstum könne mit anderen technischen Mitteln weitergeführt werden wie bisher. Es wird suggeriert, es gäbe eine „Entkoppelung“ von Wirtschaftswachstum und Ressourcen- bzw. Energieverbrauch in genügend hohem Maße durch den Einsatz erneuerbarer Energien und Effizienztechnologien. Das ist eine der gefährlichsten Illusionen eines „Ökokapitalismus“. Effizienzpotenziale sind begrenzt und unterliegen dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Das Potenzial erneuerbarer Energien ist ebenfalls nicht unerschöpflich. Die Energiedichte, die mit den - gerade wegbrechenden - fossilen Energiequellen gegeben war, kann nicht annähernd erreicht werden. Das heißt, uns wird bei allem notwendigen Einsatz „grüner Technologie“ unterm Strich erheblich weniger Nettoenergie zur Verfügung stehen als heute. Die Wirtschaft wird in Zukunft nicht nur nicht mehr wachsen, sondern zwangsläufig schrumpfen! Politisch stehen wir vor der Alternative, diesen Schrumpfungsprozess über uns hereinbrechen zu lassen oder ihn bewusst politisch zu gestalten. In unserem Sinne heißt das natürlich: ihn gerecht und solidarisch zu gestalten. Die Wirtschaft wird schrumpfen müssen, bis sie einen Zustand des stabilen Gleichgewichts erreicht hat. Ein solcher Schrumpfungsprozess ist aber nicht mehr im Rahmen kapitalistischer Verhältnisse zu bewerkstelligen. 8) Schulökonomisch kommt er ja einer tiefen Depression gleich, das heißt: Es wird Kapital in großem Stil vernichtet, ganze Industriebranchen stehen vor dem Untergang, und sinkende Profitraten werden private Investitionen verhindern. Eine schrumpfende Wirtschaft steht im Widerspruch zum Wachstumsimperativ des Kapitalismus selbst. Das heißt, der notwendige industrielle Abrüstungsprozess kann nur noch jenseits des Kapitalismus - und vermutlich auch gegen seinen Widerstand - organisiert werden. Unter den Bedingungen knapper Ressourcen greifen marktwirtschaftliche Mechanismen nicht mehr. Knappe Ressourcen bedeuten ..., dass wir es ... mit „Verkäufermärkten“ zu tun haben. Es besteht dann die Gefahr schwerwiegender „Fehlallokationen“, das heißt: Knappe Ressourcen fließen nicht da hin, wo wir sie als Gesellschaft als lebenswichtig und wünschenswert empfinden, sondern da hin, wo genügend Kaufkraft vorhanden ist. Unter Knappheitsbedingungen kann der Markt auch kein Minimum an sozialer Gerechtigkeit mehr garantieren. Das heißt: Anstelle der Marktmechanismen brauchen wir bewusste Planung, Mengenregulierungen, Quotenvergaben, Preiskontrollen etc.“

Stellungnahme 3. Leonardo Boff, Theologe und Philosoph **Schrei der Erde - Schrei der Armen**

(micha.links, Heft 2, 2015, S. 2 ff.)

Der Papst sagt: „Allein dadurch, dass wir die Realität aufrichtig betrachten, können wir sehen, dass unser gemeinsames Haus zerstört wird“ (Laudato si 61). Er verurteilt die vorgeschlagene Internationalisierung des Amazonas, die „ausschließlich den Interessen der Multis dient“ (Laudato si 38). Er trifft eine klare Aussage von ethischem Belang: „Darum können wir stumme Zeugen schwerster Ungerechtigkeiten werden, wenn der Anspruch erhoben wird, bedeutende Vorteile zu erzielen, indem man den Rest der Menschheit von heute und morgen die extrem hohen Kosten der Umweltzerstörung bezahlen lässt“ (Laudato si 36). Leonardo Boff fährt fort: „Die Enzyklika widmete das gesamte dritte Kapitel der Analyse „der menschlichen Wurzel der ökologischen Krise“ (Laudato si 101 – 136). Technoscience nährt die falsche Annahme, dass es „eine unendliche Verfügbarkeit von Waren in der Welt gibt“ (Laudato si 106), während wir wissen, dass wir die physikalischen Grenzen der Erde überschritten haben und das viele ihrer Güter nicht erneuerbar sind. Technoscience wurde zu einer Technokratie, die sich zu einer wahren Diktatur entwickelte mit der harten Logik der Dominanz über alles und jeden (Laudato si 108). Die große, heute dominierende Illusion liegt im Glauben, dass die Technoscience alle Umweltprobleme lösen könne. Dies ist ein irreführender Gedanke, denn er besteht darin, „Dinge zu isolieren, die in der Wirklichkeit miteinander verknüpft sind“ (Laudato si 117), „alles steht miteinander in Beziehung“ (Laudato si 120), ein Anspruch, der sich durch die ganze Enzyklika wie ein roter Faden zieht, denn dies ist ein neues, zeitgenössisches paradigmatisches Schlüsselkonzept. Die große Beschränktheit der Technokratie ist der Fakt der „Aufsplitterung des Wissens und der Verlust des Sinnes für die Gesamtheit“ (Laudato si 110). Da die Wirklichkeit viele Aspekte besitzt, die eng miteinander verknüpft sind, schlägt Papst Franziskus eine „ganzheitliche Ökologie“ vor, die über die Umwelt-Ökologie hinausgeht, die wir bereits kennen (Laudato si 137). Sie umspannt alle Bereiche, die Umwelt, die Wirtschaft, das Soziale, das Kulturelle und das tägliche Leben (Laudato si 147 - 148). Nie werden die Armen vergessen, die auch menschliche und sozialökologische lebendige Verknüpfungen der Zusammengehörigkeit und Solidarität miteinander bezeugen (Laudato si 149).“ Leonardo Boff stellt fest: „Es ist das erste Mal, dass ein Papst über das Thema Ökologie im Sinne einer ganzheitlichen Ökologie ... auf solch ausführliche Weise spricht.

Lassen wir zum Schluss die klare Position des Papstes auf uns einwirken. Auf seiner Lateinamerika-reise hat er im Juli 2015 vor Vertretern der Volksbewegungen gesagt: „Dem Ökosystem werden Schäden zugefügt, die vielleicht irreversibel sind. Die Erde, die Völker und die einzelnen Menschen werden auf fast barbarische Weise gezüchtigt. Und hinter so viel Schmerz, so viel Tod und Zerstörung riecht man den Gestank dessen, was Basilius von Cäsarea den 'Mist des Teufels' nannte. Das hemmungslose Streben nach Geld, das regiert. Der Dienst am Gemeinwohl wird außer Acht gelassen. Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozioökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Brüderlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet - wie wir sehen - dieses unser gemeinsames Haus. Ich möchte mich nicht damit aufhalten, die üblen Auswirkungen dieser subtilen Diktatur zu beschreiben - ihr kennt sie. ... Wir sagen Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der sozialen Ungerechtigkeit, wo das Geld regiert anstatt zu dienen. Diese Wirtschaft tötet. Diese Wirtschaft schließt aus. Diese Wirtschaft zerstört die Mutter Erde. ...

Es existiert ein System, das trotz der unverantwortlichen Beschleunigung der Produktionsrhythmen, trotz der Einführung von Methoden in Industrie und Landwirtschaft, welche um der „Produktivität“ willen die Mutter Erde schädigen, weiterhin Milliarden unserer Brüder und Schwestern die elementarsten wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte verweigert. Dieses System verstößt gegen den Plan Jesu.“ (micha.links, Heft 2/2015, S. 2)

Anmerkungen / Fußnoten

1)

Helmut Gollwitzer 1908 - 1993. Professor für Evang. Theologie an der FU Berlin.
„Die kapitalistische Revolution“, Helmut Gollwitzer, TVT Medienverlag, Tübingen 1998
Der Klappentext von Gollwitzer's Werk lautet:

„Der Kapitalismus ist die bisher größte Revolution in der Menschheitsgeschichte. An dieser Revolution wird die Menschheit zugrunde gehen, wenn es nicht gelingt, sie unter Kontrolle zu bringen.“

Diese Sätze sind die Quintessenz seines Referats zur Analyse der „kapitalistischen Revolution“, das Helmut Gollwitzer auf einer Sitzung der Marxismuskommission der Evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg am 27. - 29. September 1973 vorgetragen hat.

Es war 1973 ein sehr autonomer Ton, mit dem Helmut Gollwitzer auf den revolutionären Charakter des Kapitalismus aufmerksam machte. Heute kann sich niemand mehr über die brutalen Ergebnisse dieser Revolution Illusionen machen. “

Die Textstelle, auf die Bezug genommen wird, lautet:

„Wird also heute angesichts objektiv sichtbar werdender „Grenzen des Wachstums“ eine wirtschaftliche Wachstumsbeschränkung gefordert, so muß gesehen werden, daß dies eine das kapitalistische System aufhebende Forderung ist. Weil Wachstum „das charakteristischste Merkmal des Kapitalismus“ ist, ist es logisch, daß z.B. die FAZ in immer neuen Artikeln gegen die ganze Behauptung von solchen Grenzen polemisiert und dagegen die These stellt, nur unaufhörlich weiter wachsende Wirtschaft könne Umweltsanierung und Besiegung des Welthungers leisten. (...).“ (Die kapitalistische Revolution, Helmut Gollwitzer, S. 55)

2)

„Effizienzsteigerungen in energetischer und stofflicher Hinsicht würden (...) keine *wesentlichen* Veränderungen mit sich bringen bzw. würden trotz ihres Verringerungseffekts von Stoff- und Energieumsetzungen je produzierter Einheit nicht ausreichen, die naturschädigenden Folgen des kontinuierlichen Wachstums zu stoppen. Sie heben den naturdestruktiven Grundcharakter der kapitalistischen Ökonomie nicht auf und können daher (...) Naturraubbau und -zerstörungen bestenfalls verlangsamen. Das heißt, derartige Einsparungen und Steigerungen können zwar ökologisch sinnvoll sein, sie können aber nicht die Ursachen bzw. die Probleme des >Naturmissbrauchs< lösen. Ein Hoffen auf nicht endende technische Fortschritte, die die (Ver)Nutzungsdauer der Natur(stoffe) kontinuierlich und dermaßen ausweitet, dass Naturschonung und ökonomisches Wachstum zugleich möglich wird, ist m.E. nicht nur ein ideologisch gefärbter und kulturell getragener Ausdruck einer Technologiegläubigkeit, sondern auch Ausdruck zunehmend technikabhängiger und entmachteter Subjekte gegenüber der zunehmend >versachlichten Macht< technischer Objekte.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 201, 202)

3)

„Die Entwicklung der Produktivkraft erfordert somit verstärkt materielle Vorgaben bzw. bedingt ausreichend vorgeschossenes konstantes Kapital, um die kombinierten Prozesse vieler Arbeitskräfte und vor allem vieler stofflicher Produktionsmittel ermöglichen zu können. Mit anderen Worten: Der Zwang die Produktivkraftsteigerung zur Mehrwertbildung weiterführen zu müssen, erfordert die Investition von immer mehr Kapital, welches in die tendenziell schneller werdende Zirkulation >geworfen< wird. Der damit verbundene steigende Einsatz von Stoffen für Maschinen, Werkzeuge u.v.m. ermöglicht und erfordert zugleich den vermehrten Verbrauch von Roh- und Hilfsstoffen, die in die Produktionsprozesse eingehen, um dann einerseits als Waren, andererseits als Schadstoffe aus ihnen auszuschcheiden. (...) Die gestiegene Produktivität führt also dazu, dass ein größeres Quantum an Rohstoffen nötig ist, um dasselbe Quantum Arbeit zu absorbieren. So erfordert die Produktivkraftherhöhung eine Zunahme der Arbeitsmittel *und*

-gegenstände, sodass mit dem Bestreben, den Mehrwert zu erhöhen, das stoffliche Quantum an Produktionsmitteln steigen muss.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 139, 140)

Zum Verständnis:

„Die Produktivkraftherhöhung hatte bisher das Ziel, je Zeiteinheit soviel Menge bzw. Werte wie möglich zu produzieren, was einem quantitativistischen Produktivkraftverständnis gleichkommt. Entfernte man auch hier die diesem Verständnis auferlegte >Schablone< der Mehrwertmaximierung, könnten Produktivkraftsteigerungen in einer entwerteten Ökonomie darauf abzielen, nicht wie bisher die Warenausstoßmenge zu steigern, sondern die Produktivkraftherhöhung könnte - auf der Grundlage einer gedeckelten Produktmenge - der Senkung der Arbeitszeit dienen. Und würden als Maßstab statt maximaler Output Bedürfnisse z.B. nach Freizeit, Muße, verbesserten Arbeitsbedingungen oder anderen Qualitäten herangezogen werden, würde sich der Charakter der Produktivkraft, der bisher keine Selbstbeschränkung kennt, wesentlich ändern können. Insbesondere eine derart motivierte Begrenzung der Produktionszeit könnte zur Verringerung der Produktmengen und demzufolge zu geringeren Stoffverbräuchen und geringerer Schadstoffproduktion führen. Ermöglicht durch dieses nun >qualitative Produktivkraftverständnis< könnte die Natur entlastet werden und die sinkende Arbeitszeit würde komplementär die Zeit zur >freien Verfügung< vermehren, was m.E. eine bedeutende Grundlage eines Wertewandels sein kann.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 205, 206)

4)

„Während hierbei auf unternehmensinterner Ebene i.d.R. ein sparsamer bzw. kostensenkender Umgang mit *den* Materialien praktiziert werden soll, die Kosten verursachen, existiert auf gesamtwirtschaftlicher Ebene aufgrund von Konkurrenzverhältnissen ein Nebeneinander von nahezu identischen Prozessen der Produktion, der Planung, der Verteilung u.v.a., was dazu führt, dass mehr Ressourcen unterschiedlichster Art verbraucht werden, als für eine Deckung von gesellschaftlichen Bedarfen oder der Befriedigung der (zahlungsfähigen) Nachfrage erforderlich wäre. Folgen dieses ungeplanten, konkurrenzstrukturierten Marktprinzips, das oftmals eine Vorabproduktion in teils (über)großen Ausmaßen erfordert, ist gebundenes Kapital, z.B. in Form von Automobilhalben oder einer Vielzahl weiterer Waren, die nicht verkauft werden können. Konkurrenzverhältnisse unter Kapitalakteur_innen forcieren so Stoffverbräuche und -umwandlungen.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 138)

5)

Die zapatistische Bewegung hat in einem geografisch, sozial und politisch widrigen Umfeld eine handlungsfähige demokratische Alternative etabliert, die auf einer festen Werteordnung basiert. Ihre Konsequenz, Kreativität und nicht zuletzt der von den Zapatist*innen verfolgte Ansatz hat sie bis heute zu einem Vorbild für nationale und internationale emanzipatorische Bewegungen gemacht. Sie wurde durch ihre Politik des Zuhörens und Teil-haben-Lassens zu einer anbindungsfähigen politischen Alternative. Unter der Schirmherrschaft der Zapatist*innen trafen wiederholt Tausende Vertreter*innen der nationalen und internationalen Zivilgesellschaft zusammen. Zuletzt organisierten alle zapatistischen Zonen die >Kleine Zapatistische Schule< und später ein kapitalismuskritisches Forum. Die EZLN wurde nicht zu einer Avantgarde. Sie lehnte eine solche Stellung ab gegen ihre Grundsätze verstoßende Kategorisierung von Deutungseinfluss ab. Ihre Inhalte sollten von der *Base de Apoyo Zapatista* und der Zivilgesellschaft vorgegeben werden. (...) Der große Unterschied zu vielen anderen sozialen Bewegungen sticht deutlich hervor: Die Zapatist*innen nutzen ihren Einfluss nicht dafür, konkrete Inhalte zu platzieren. Vielmehr stellen sie den Rahmen zur Verfügung, innerhalb dessen sich die politische Gemeinschaft ausbildet. Sie sehen ihre Aufgabe darin, die „Gesellschaft zu organisieren“, damit diese selbstbestimmt Entscheidungen „in einem freien und demokratischen Raum“ treffen kann.“ (Schuster, 2017, S. 205)

(Erläuterung zu *Base de Apoyo Zapatista*:

„Wir, die *Base de Apoyo Zapatista*, sind die Töchter und Söhne indigener Völker, der wahren Vorfahren der mexikanischen Nation. (...)“

„In Erkenntnis dessen, dass wir als indigene Völker seit über 500 Jahren gegen systematische Diskriminierung, Marginalisierung, Unterdrückung und Ausgrenzung kämpfen, die das Ziel einer Politik des Kolonialismus, Liberalismus und des >Kapitalismus der neoliberalen Globalisation< waren; und dass dies eine Politik war, die uns und unsere Indigenität weder respektierte noch anerkannte und uns deshalb mangels gerechter politischer Teilhabe zu >Excluidos< machte, sind wir der Überzeugung, dass die indigenen Völker Mexikos unter einer rechtlichen Ordnung litten, deren „Ideal (...) in der Vergangenheit die Homogenisierung und Assimilierung der Kultur“ war.“ (Schuster, 2017, S. 42, 43)

6)

„Rufen wir uns zumindest eine der Stimmen, die wir gehört haben, in Erinnerung: „Holzhändler, Viehzüchter und weitere andere beschädigen uns. Wir werden von wirtschaftlichen Akteuren bedroht, die ein in unseren Territorien fremdes Wirtschaftsmodell durchsetzen. Die Holzindustrie dringt in das Gebiet ein, um den Wald auszubeuten, wir schützen den Wald für unsere Kinder, hier haben wir Fleisch, Fisch, pflanzliche Heilmittel, Obstbäume (...) Der Bau von Wasserkraftwerken und das Projekt von Wasserstraßen haben Auswirkungen auf den Fluss und das Land (...) Wir sind eine Region geraubter Gebiete.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 11 / 2020)

„ (...) „ ... Die Erde blutet und ist am Ausbluten, die multinationalen Konzerne haben die Adern unserer Mutter Erde aufgeschnitten.“ “ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 42)

„Es genügt nicht, sich um die Arten zu kümmern, welche am sichtbarsten vom Aussterben bedroht sind. Es ist entscheidend zu beachten: „Für das gute Funktionieren des Ökosystems sind auch die Pilze, die Algen, die Würmer, die Insekten, die Reptilien und die unzählige Vielfalt von Mikroorganismen notwendig. Einige zahlenmäßig geringe Arten, die gewöhnlich unbemerkt bleiben, spielen eine grundlegend entscheidende Rolle, um das Gleichgewicht eines Ortes zu stabilisieren.“ Dies wird in der Bewertung des Umwelteinflusses der wirtschaftlichen Projekte der mineralgewinnenden, der Energie- und Holzindustrie sowie anderer Industrien, die zerstören und verschmutzen, einfach übersehen. Das reichlich in Amazonien vorhandene Wasser ist überdies ein wesentliches Gut für das menschliche Überleben, aber die Quellen der Verschmutzung sind in beständigem Wachstum.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 49)

„Über die wirtschaftlichen Interessen von lokalen Unternehmern und Politikern hinaus gibt es in Wirklichkeit auch „die enormen internationalen wirtschaftlichen Interessen.“ Die Lösung findet sich in diesem Fall nicht in einer „Internationalisierung“ Amazoniens, vielmehr wird die Verantwortung der nationalen Regierungen schwerwiegender. Aus eben diesem Grund ist „die Aufgabenstellung von internationalen Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft anerkanntenswert, welche die Bevölkerungen sensibilisieren und kritisch mitwirken - auch unter Einsatz legitimer Druckmittel -, damit jede Regierung ihre eigene und nicht delegierbare Pflicht erfüllt, die Umwelt und die natürlichen Ressourcen ihres Landes zu bewahren, ohne sich an unehrliche lokale oder internationale Interessen zu verkaufen.“ “ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 50)

„Die Mächtigsten geben sich niemals mit dem Profit, den sie erzielen, zufrieden, und die Ressourcen der wirtschaftlichen Macht wachsen mit der wissenschaftlichen und technologischen Entwicklung. Daher sollten wir alle auf der Dringlichkeit beharren, „ein Rechtssystem zu schaffen, das unüberwindliche Grenzen enthält und den Schutz der Ökosysteme gewährleistet, bevor die neuen Formen der Macht, die sich von dem techno-ökonomischen Paradigma herleiten, schließlich nicht nur die Politik zerstören, sondern sogar die Freiheit und die Gerechtigkeit.“ “

(Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 52)

7)

„Den nationalen oder internationalen Unternehmen, die Amazonien Schaden zufügen und das Recht der ursprünglichen Völker auf ihr Gebiet und seine Grenzen, auf Selbstbestimmung und

vorherige Zustimmung nicht achten, muss man den Namen geben, der ihnen gebührt: *Ungerechtigkeit und Verbrechen*. Wenn sich einige Unternehmen in der Begierde nach schnellem Gewinn die Gebiete aneignen und am Ende sogar das Trinkwasser privatisieren, oder wenn der Holzindustrie und Projekten zum Bergbau oder zur Erdölförderung sowie anderen Unternehmungen, welche die Wälder zerstören und die Umwelt verschmutzen, seitens der Behörden grünes Licht gegeben wird, dann verändern sich die wirtschaftlichen Beziehungen auf ungerechtfertigte Weise und werden zu einem Instrument, das tötet. Gewöhnlich wird auf Mittelbar jeder Ethik zurückgegriffen. Dazu gehören Sanktionen gegen Proteste und sogar die Ermordung der Indigenen, die sich den Projekten entgegenstellen, die Brandstiftung in den Wäldern oder die Bestechung von Politikern und Indigenen selbst. Dies wird von schweren Menschenrechtsverletzungen und von neuen Arten der Sklaverei vor allem gegenüber den Frauen begleitet wie auch von der Plage des Rauschgifthandels, der die Indigenen zu unterwerfen sucht, oder vom Menschenhandel, der die aus ihrem kulturellen Umfeld Vertriebenen ausnutzt. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Globalisierung zu einer „neue(n) Form des Kolonialismus“ wird.“ (Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA 14)

8)

„Die Realisierung einer Ökonomie, die nicht von einer Wachstumslogik getragen ist, setzt eine *Ökonomie ohne Kapital* voraus, da das Wesen des Kapitals sein Streben nach Maßlosigkeit ist und somit die natürlichen Grenzen der Naturbelastbarkeit und Ressourcenverfügbarkeit ignorieren muss. (...) Mit diesem Abschied von der kapitalistischen Ökonomie wäre einerseits eine - bis zu einer näher zu bestimmenden Bedarfsdeckungs- menge - schrumpfende und nachhaltige Ökonomie in den ökonomisch hoch- bzw. überentwickelten Regionen, andererseits eine bis zu dieser Menge wachsende Ökonomie in den bisher ökonomisch unterentwickelten Regionen ökologisch *und sozial* erforderlich. Dies allerdings bei einer *insgesamt absoluten* Reduktion der ökonomischen Aktivitäten, die mit dem Ausstoß von Schadstoffen und Verbräuchen verbunden sind (...). So entstünde eine Gebrauchswertökonomie auf der Grundlage einer Bedarfsdeckungslogik mit zunächst degressivem Charakter, in der nicht wie in einem verwertungslogischen System ein zu erwartender Profit Warenproduktion nach sich zieht, sondern Bedürfnisse *primärer* Grund zur Produktion von Gebrauchswerten sind. (...) Der Tanz um das kalbende Gold wäre beendet.“ (Athanasios Karathanassis, Kapitalistische Naturverhältnisse, 2015, S. 203, 204, 205)

Vervollständigendes Literaturverzeichnis

Acosta, Alberto, *Buen Vivir Vom Recht auf ein gutes Leben*, oekom verlag, München, 2015

Boff, Leonardo, in *micha.links*, Heft 2, 2015

Engert, Klaus, *Ökosozialismus - das geht!*, Neuer ISP Verlag, Köln, 2010

Foster, John Bellamy/Magdoff, Fred, *Was jeder Umweltschützer über den Kapitalismus wissen muss*, laika diskurs, LAIKA-Verlag, Hamburg, 2012

Fülberth, Georg, *G Strich Kleine Geschichte des Kapitalismus*, PapyRossa Verlag, 4. Auflage 2008

Harvey, David, *Das Rätsel des Kapitals entschlüsseln (Den Kapitalismus und seine Krisen überwinden)*, VSA-Verlag, 2014

Hessel, Stéphane, *Empört Euch!*, Ullstein, 2. Auflage 2011

Karathanassis, Athanasios, *Kapitalistische Naturverhältnisse Ursachen von Naturzerstörungen - Begründungen einer Postwachstumsökonomie*, VSA-Verlag, 2015

- Kern, Bruno, Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen
www.postwachstumsoekonomie.de/...05-09_Kern-Oekosozialismus PDF-Datei /
 Mainz, 7. Mai 2012, Bruno Kern
 und
 Initiative Ökosozialismus oekosozialismus.net / Publikationen / Weitere
 Publikationen: Deutsch / Thesenpapier:
 Ökosozialismus oder Barbarei - Thesen
- Kern, Bruno, in micha.links, Heft 2, 2015
- Kurz, Robert, Schwarzbuch Kapitalismus Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft, Verlag Eichborn, 1999
- Meves, Helge, in „Alle Verhältnisse umzuwerfen und die Mächtigen vom Thron zu stürzen.“ - Das gemeinsame Erbe von Christen und Marx, VSA-Verlag/In Kooperation mit Edition ITP Kompass/Rosa-Luxemburg-Stiftung, 2018, S. 158 – 169
- Montalbán, Manuel Vázquez, Marcos Herr der Spiegel, Verlag Klaus Wagenbach, Berlin, Aktualisierte Taschenbuchausgabe 2001
- Papst Franziskus, Laudato si Über die Sorge für das gemeinsame Haus (Umwelt-Enzyklika), Verlag Herder, 2015
- Papst Franziskus, Evangelii gaudium Die Freude des Evangeliums, Verlag Herder, 2013
- Papst Franziskus, QUERIDA AMAZONIA (Geliebtes Amazonien) - Nachsynodales Apostolisches Schreiben - 2. Februar 2020
- Papst Franziskus, zitiert in micha.links, Heft 2/2015, S. 2 (EDITORIAL)
- Pinzler, Petra, DER UNFREIHANDEL Die heimliche Herrschaft von Konzernen und Kanzleien, Verlag rowohlt POLARIS, 2015
- Sanders, Bernie, UNSERE REVOLUTION WIR BRAUCHEN EINE GERECHTE GESELLSCHAFT, Verlag Büchergilde Gutenberg (Mit Genehmigung der Ullstein Buchverlage GmbH), 2017
- Sarkar, Saral, Die Krisen des Kapitalismus - Eine andere Studie der politischen Ökonomie, AG SPAK Bücher, 2010
- Schuster, Simon, Demokratie des gehorchenden Regierens - Das zapatistische Modell einer neuen Gesellschaftsordnung, UNRAST-Verlag, Münster, März 2017
- Segbers, Franz, in micha.links, Heft 2, 2015
- Thie, Hans, Rotes Grün - Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft -, VSA-Verlag, 2013
- Ziegler, Jean, Ändere die Welt!, Verlag C. Bertelsmann, 2015